

# Nordrhein-Westfalen Landtag intern 6



Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen, 20. Jahrgang, 10. Wahlperiode, 21. 3. 1989

## WORT UND WIDERWORT

### Gibt es in Nordrhein-Westfalen eine neue Wohnungsnot?

*Wer für den sozialen Frieden in unserer Gesellschaft eintrete, müsse den Wohnungsbau deutlich ausweiten und die preiswerten Wohnungsbestände sichern. Die Bundesregierung müsse endlich ihre ignorante Haltung gegenüber den Wohnungsproblemen aufgeben, die Rahmenbedingungen für den Wohnungsbau verbessern und zur schnellen Hilfe erhebliche Mittel für den sozialen Wohnungsbau bereitstellen. Das erklärt der SPD-Abgeordnete **Volkmar Schultz**. Der CDU-Abgeordnete **Hubert Doppmeier** stellt fest, in der Wohnungsbauförderung sei Berechenbarkeit und Kontinuität dringend erforderlich. Auf dem Hintergrund der geburtenstarken Jahrgänge, die in den nächsten Jahren eigene Haushalte gründeten und deshalb verstärkt auf den Wohnungsmarkt drängten, und der vielen Aussiedler müsse die Landesregierung jährlich 20 000 Wohnungen für Einheimische zur Verfügung stellen. Der F.D.P.-Abgeordnete **Hans-Joachim Kuhl** betont, es gebe in Nordrhein-Westfalen keine Wohnungsnot, allerdings erhebliche Wohnungseingpässe. Als Gründe nennt er den Trend zu kleinen Wohnungen durch junge Nachfrager, den Wunsch vieler Familien nach größeren Wohnungen sowie den Anstieg der Aussiedler. Der künftige Bedarf in NRW könne nur noch gedeckt werden, wenn jährlich 80 000 bis 100 000 Wohnungen gebaut würden.* (Seite 2)

## Landtag berät Chancen und Gefahr der neuen Technologie

### Ein Stammgesetz soll Gentechnik regeln

*Die Gentechnik in Industrie und Forschung stehe in NRW am Beginn einer neuen Ära. Deshalb fordere die SPD die Landesregierung auf, sich im Bundesrat für die Schaffung eines Gentechnik-Stammgesetzes einzusetzen. Diese Forderung erhob der SPD-Abgeordnete **Wolfram Kuschke** im Plenum des Landtags.*

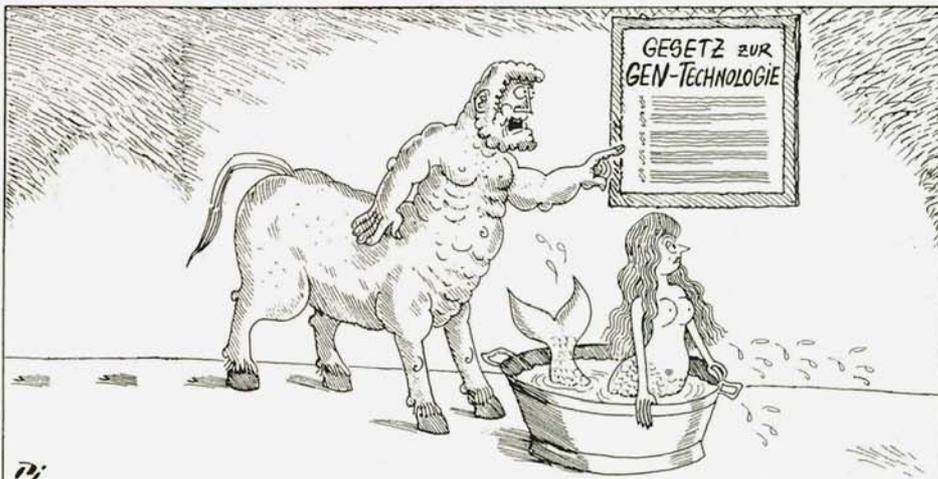
In diesem Stammgesetz sollten die Voraussetzungen für gentechnische Arbeiten in geschlossenen Systemen in Forschung, Entwicklung und Produktion, die Freisetzung gentechnisch veränderter Organismen in die Umwelt, das Inverkehrbringen von Produkten, die gentechnisch veränderte Organismen enthalten, sowie deren Verbreitung geregelt werden.

Auch der CDU-Abgeordnete **Hans-Karl von Unger** unterstrich, man brauche ein Gen-Stammgesetz, bei dem es um die Regelung der Fragen der Gentechnologie an Pflanzen, Tieren, in Medizin und Züchtung gehe.

Der F.D.P.-Abgeordnete **Michael Ruppert** bezeichnete die Schlüsseltechnologie „Gentechnik“ als enorme wissenschaftliche

Chance bei der Bekämpfung von Krankheiten und Hunger.

Der Staat sei aufgerufen, die Innovationskräfte der neuen Technologie nutzbar zu machen, aber auch Gefahrenabwehr zu gewährleisten, sagte Umweltminister **Klaus Matthiesen** (SPD).



Die wollen uns nicht zulassen!

Zeichnung: Klaus Pielert

## Die Woche im Landtag

### Asylverfahren

Weitgehend einhellig waren Auffassungen bei einer Debatte über die Handhabung von Asylverfahren im Plenum. (Seite 3)

### Abschlußbericht

In moderaten Worten, aber mit unterschiedlicher Gewichtung, bewerteten Abgeordnete den Abschlußbericht des II. Parlamentarischen Untersuchungsausschusses „Neue Heimat“. (Seite 4)

### Autobahnbau

Die Opposition ist für, der Landesverkehrsminister gegen den Bau der Gesamtstrecke der Autobahn 33 in Ostwestfalen. (Seite 9)

### Investitionsbank

Über Aufgaben und Struktur der Investitionsbank NRW hat sich der Hauptausschuß im Hause der Westdeutschen Landesbank (WestLB) informiert. (Seite 12)

### Softwarepakete

Die Nixdorf Computer AG hat dem Innenausschuß verschiedene Softwarepakete zur Anwendung bei Verwaltung und Ministerien vorgestellt. (Seite 16)

### Rechtsextremismus

Rechtsextremistische Gruppierungen versuchen verstärkt, Einfluß auf Jugendliche zu gewinnen. (Seite 17)

## WORT UND WIDERWORT

### Vorsorge für wachsenden Wohnungsbedarf der Zukunft treffen

Von  
Volkmar Schultz

Ein sicheres und bezahlbares Dach über dem Kopf – das gehört immer noch zu den elementaren Bedürfnissen der Menschen. Der Wohnungsmarkt ist leergefegt, immer mehr Bürger haben große Schwierigkeiten, eine Wohnung zu finden. Weil Angebot und Nachfrage aus dem Gleichgewicht geraten sind, steigen die Mieten überdurchschnittlich. Die unteren Einkommensschichten müssen inzwischen etwa 35 Prozent ihres Einkommens für die Miete ausgeben.

Wer für den sozialen Frieden in unserer Gesellschaft eintritt, muß den Wohnungsbau deutlich ausweiten und die preiswerten Wohnungsbestände sichern. In diesem Jahr werden in Nordrhein-Westfalen 24 450 Wohnungen aus öffentlichen Mitteln gefördert, davon fast 11 000 Mietwohnungen. Die Landesregierung sorgt dafür, daß mit diesen Mitteln möglichst schnell neue Wohnungen gebaut werden. Nur mit erheblichen Anstrengungen läßt sich erreichen, daß alle Bürger angemessene Wohnungen erhalten, die Aussiedler rasch integriert werden und Vorsorge für den wachsenden Wohnungsbedarf der Zukunft getroffen wird.

#### SPD: Preiswerte Wohnungen sichern sozialen Frieden

Leider ist der Wohnungsmarkt von der Bundesregierung in den letzten Jahren vollkommen vernachlässigt worden. Seit Beginn der Regierung Kohl ist die Zahl der neugebauten Mietwohnungen dramatisch gesunken. 1982 wurden noch 148 000 Mietwohnungen im Bundesgebiet gebaut, 1987 waren es gerade noch 51 000. 1986 stellte der Bund die Förderung des sozialen Mietwohnungsbaus ein. Die Bundesregierung machte damit deutlich, daß sie den Mietwohnungsbau als soziale Aufgabe für erledigt hielt. Mit der sogenannten Steuerreform wurde die Wohnungsgemeinnützigkeit abgeschafft. Betroffen sind 3,4 Millionen Wohnungen im Bundesgebiet, ein soziales Kapitel von etwa 500 Milliarden Mark. Noch vor wenigen Wochen erklärte der Bundeswohnungsbauminister Schneider, die Wohnungsversorgung in der Bundesrepublik sei ausgezeichnet, der Markt funktioniere, eine Wohnungsnot gebe es nicht. Die Bundesregierung muß endlich diese ignorante Haltung gegenüber den Wohnungsproblemen aufgeben, die Rahmenbedingungen für den Wohnungsbau verbessern und zur schnellen Hilfe erhebliche Mittel für den sozialen Wohnungsbau bereitstellen.

Nach Auffassung aller Bundesländer sind die bisher bereitgestellten Mittel des Bundes für den Aussiedlerwohnungsbau nur ein Tropfen auf den heißen Stein.

Von  
Hubert Doppmeier

In Nordrhein-Westfalen gibt es in weiten Teilen eine angespannte Lage auf dem Wohnungsmarkt. In einigen Städten und Gemeinden herrscht Wohnungsnot. Diese schlimme Situation hat überwiegend die Landesregierung herbeigeführt. Die schwierige Lage auf dem Wohnungsmarkt wird auch durch das Ergebnis der Volkszählung bestätigt: In Nordrhein-Westfalen gibt es 132 000 Wohnungen weniger als vor der Volkszählung angenommen.

Noch kurz vor der Landtagswahl 1985 verkündete die Regierung Rau (SPD) ein mehrjähriges Wohnungsbauprogramm mit rund 20 000 geförderten Wohnungen pro Jahr. Die drastischen Einschnitte bei der Wohnungsbauförderung nach der Landtagswahl führten von 1986 bis 1988 zur Kürzung des Programms um 18 000 Wohnungen. Mit dieser Politik der Wohnraumverknappung treibt die Landesregierung seit Jahren die nichtgebundenen Mieten hoch. Statt Wohnungsneubau förderte die Landesregierung den maroden Gewerkschaftskonzern Neue Heimat. Statt die knappen Landesmittel in die Zukunft zu in-

#### CDU: Jährlich 30 000 neue Wohnungen

vestieren, stellte sie viel Geld zur Bewältigung des Mißmanagements der Neuen Heimat bereit.

In der Wohnungsbauförderung ist Berechenbarkeit und Kontinuität dringend erforderlich. Auf dem Hintergrund der geburtenstarken Jahrgänge, die in den nächsten Jahren eigene Haushalte gründen und deshalb verstärkt auf den Wohnungsmarkt drängen, und der vielen Aussiedler muß die Landesregierung jährlich 20 000 Wohnungen für Einheimische fördern. Zusätzlich muß der Bund für Nordrhein-Westfalen Mittel für die Förderung von weiteren 10 000 Wohnungen für Einheimische zur Verfügung stellen. Neben der Wohnungsneubauförderung für Einheimische müssen Mittel zur Wohnraumbeschaffung für Aussiedler in bestehenden Gebäuden bereitgestellt werden.

Eine zukunftsorientierte Wohnungspolitik muß mit geringeren finanziellen Anreizen des Staates mehr Wohnungen schaffen. In der Eigenheimförderung müssen verstärkt junge und wachsende Familien berücksichtigt werden. Die Förderungspolitik muß darüber hinaus den Trend berücksichtigen, daß die Wohnfläche pro Einwohner bei steigendem Einkommen ständig größer wird. Dieser Trend wird durch die günstige wirtschaftliche Entwicklung noch verstärkt.

Von  
Hans-Joachim Kuhl

Innerhalb einer sehr kurzen Zeit hat sich die Einschätzung der wohnungswirtschaftlichen Situation in Nordrhein-Westfalen deutlich gewandelt. Wurde in den vergangenen Jahren der globale Ausgleich von Angebot und Nachfrage auf dem Wohnungsmarkt hervorgehoben und die Leerstände bei den Mietwohnungen als Zeichen einer Marktsättigung gedeutet, so bestimmen nunmehr Engpässe im Wohnungsangebot und die daraus resultierenden Sozialfragen die aktuelle wohnungspolitische Diskussion. Die Vorstellung, es könne in Zukunft von einem dauerhaften oder zunehmend entspannten Wohnungsmarkt ausgegangen werden, hat sich als Fehleinschätzung der SPD-geführten Landesregierung erwiesen.

Mit dazu geführt hat die Tatsache, daß das von der SPD angekündigte mehrjährige Wohnungsbauprogramm aus dem Jahr 1985 in keinem der Folgejahre verwirklicht wurde. Ausgehend von den damaligen Ankündigungen der SPD sind trotz dieser Versprechungen 50 000 Wohnungen nicht gebaut worden. Die Ankündigung war nur ein Wahlversprechen, das man nach der Wahl nicht eingelöst hat.

Nachdem wir uns bis vor einiger Zeit noch mit bis zu einer Million angeblich leerstehenden

#### F.D.P.: Gibt es nur in NRW eine neue Wohnungsnot?

Wohnungen herumgeschlagen haben, verweisen heute die gleichen „Apostel“ auf eine neue Wohnungsnot. Ich warne davor, nunmehr von einem Extrem ins andere zu fallen. Es gibt in Nordrhein-Westfalen keine Wohnungsnot. Es gibt allerdings erhebliche Wohnungsengpässe, und dafür gibt es drei Gründe:

1. Es gibt den Trend zu kleinen Wohnungen durch junge Nachfrager.
2. Bedingt durch das steigende Realeinkommen (2,9 Prozent im Durchschnitt der letzten vier Jahre) ist der Wunsch in vielen Familien nach größeren Wohnungen gestiegen.
3. Der sprunghafte Anstieg der Aussiedler mit einer Größenordnung in 1989 zwischen 120 000 und 150 000 Aussiedler, die nach Nordrhein-Westfalen einreisen, führt zu größeren Wohnungsnachfragen.

Dies bedeutet aus Sicht der F.D.P., daß der künftige Wohnungsbedarf in Nordrhein-Westfalen nur noch gedeckt werden kann, wenn jährlich etwa 80 000 bis 100 000 neue Wohnungen gebaut werden. Dies geht nicht allein durch weitere staatliche Fördermaßnahmen im sozialen Wohnungsbau, sondern hier ist insbesondere auch der frei finanzierte Wohnungsbau gefordert.

Wir haben aufgrund der zurückliegenden verfehlten Förderungsprogramme der Landesregierung einen Handlungsbedarf, der sich nicht in Strohfeuerprogramme erschöpfen darf, sondern übergeleitet werden muß in eine berechenbare, überschaubare, auf alle Bevölkerungsteile abgestimmte Wohnungsbaupolitik.

## Schnoor: Keine parteipolitische Profilierung bei Ausländerproblematik

### Fraktionen einig Fragen der Bürger zu Asylverfahren und Aussiedlern verlangen Antwort

Das Grundgesetz dürfe hinsichtlich des Asylrechts nicht geändert werden. Diese Auffassung wurde von Sprechern aller Fraktionen im Landtag bei einer Debatte über den F.D.P.-Antrag über Maßnahmen zur Beschleunigung der Asylverfahren und zur Eindämmung des Asylmißbrauchs einhellig geteilt. Die Überweisung des Antrages an den Ausschuß für Innere Verwaltung sowie an den Ausschuß für Arbeit, Gesundheit und Soziales (Drs. 10/4142) erfolgte daher auch einvernehmlich. Deutlich wurde das allseitige Verständnis für Sorgen in der Bevölkerung angesichts ständig steigender Zahlen. Wie es weiter hieß, wollen die Parteien sich auch jeglicher Profilierung im Zusammenhang mit der Asylproblematik enthalten.

**Heinz Lanfermann** (F.D.P.) verwies bei der Antragsbegründung auf den Wortlaut des Artikels 16, Absatz 2, des Grundgesetzes: „Politisch Verfolgte genießen Asylrecht“. Dieser Wortlaut werde auch bleiben. Es gebe keine Änderung des Grundgesetzes. Die für die Veränderung dieses Kerns der Verfassung notwendige Zwei-Drittel-Mehrheit sei im Deutschen Bundestag auch nicht entfernt in Sicht. Die von Teilen der Union ständig wiederholte Forderung nach Änderung des Grundgesetzes werde den bestehenden Problemen nicht gerecht. Es gelte vielmehr, Gesetze und Verordnungen auch wirklich anzuwenden, Verwaltungshandeln zu straffen, sei es im Bund, sei es im Land, sei es auch in den Gemeinden. Dies gelte vor allem für die Beschleunigung der Asylverfahren. Es sei bekannt, daß die Anerkennungsquote bei unter neun Prozent liege. Ein Problem sei die große Masse der unbegründeten Fälle, die die Eingliederung der wirklich politisch Verfolgten zunehmend belaste. Die F.D.P. schlage vor, es müßten vorrangige Fälle bearbeitet werden, die unbegründet seien. Das Bundesamt für Anerkennung der ausländischen Flüchtlinge sollte bis auf die Ebene der Regierungspräsidenten dezentralisiert werden. Das Anerkennungsverfahren müsse von Fällen entlastet werden, in denen von vornherein feststehe, daß die Antragsteller im Land blieben. Der Antrag forderte ferner die Landesregierung auf, sicherzustellen, daß rechtskräftig abgelehnte Asylbewerber schnellstmöglich abgeschoben würden.

**Jürgen Jentsch** (SPD) meinte, die SPD werde der Überweisung des F.D.P.-Antrages zustimmen, weil er in vielen Passagen dem Antrag der SPD-Bundestagsfraktion entspreche und weil eine europaweite Harmonisierung des Asylrechts dringend erfor-



Sorge in der Bevölkerung: v. l. Heinz Lanfermann (F.D.P.), Jürgen Jentsch (SPD), Dr. Hans Ulrich Klose (CDU) und Innenminister Dr. Herbert Schnoor (SPD).  
Fotos: Schüler

derlich sei. Ein Entschließungsantrag der CDU hingegen zeige, daß die CDU tatsächlich zu vielen Fragen der Gesellschaft keine klare Antwort geben könne. Der Abgeordnete verwies darauf, daß in NRW zur Zeit 1,2 Millionen Ausländer lebten, 190 000 weniger als 1982. Man bejahe ohne Wenn und Aber das Grundrecht auf Asyl. Dieses Grundrecht dürfe weder durch eine Gesetzesänderung noch durch europäische Regelungen unterlaufen werden. Man halte die Dauer der Asylverfahren für zu lang und befürworte eine dezentrale Unterbringung der Asylbewerber.

### Gemeinsame Grundsätze

**Dr. Hans-Ulrich Klose** (CDU) betonte, der CDU-Entschließungsantrag sei eine Wiederaufnahme der gemeinsamen politischen Leitlinien. Eine Spekulation darüber, daß die Union unter dem Eindruck von Wahlergebnissen ihre Meinung kurzfristig geändert habe, sei schlechthin falsch. Es sei völlig daneben geredet, wenn hier gesagt werde, die CDU müsse sich erklären. „Vielmehr müssen Sie zu diesen gemeinsamen Grundsätzen zurückkehren — wir sind dazu bereit“, sagte der rechtspolitische Sprecher der Union. Er wehrte sich gegen die Behauptung, es gebe in NRW eine allgemeine Ausländerfeindlichkeit. Aber wenn nicht den Mißständen Einhalt geboten werde, bestehe die Gefahr, daß sich jene Volksverführer jetzt mit möglicherweise mehr Erfolg der gleichen Methoden bedienen könnten wie 1982.

**Innenminister Dr. Herbert Schnoor** (SPD) sagte, er erlebe leider in diesen Tagen

bestürzende Äußerungen auch von Ausländerfeindlichkeit, zum Teil auch in der jungen Generation. Dabei gehe es beim Asylrecht und beim Problem der Aussiedler um zwei verschiedene Problembereiche. Aber beide Gruppen verstärkten die zu lösenden Probleme. Schnoor teilte die Auffassung seines Vorredners, daß dies ein Politikfeld sei, denkbar ungeeignet zur parteipolitischen Profilierung. Man könne die Fragen nur gemeinsam angehen und nur gemeinsam lösen. Das Wahlergebnis in Frankfurt werde allen demokratischen Parteien — nicht nur einer — eine Lehre sein. Ausgesprochen dankbar sei er für den Antrag der F.D.P. Der Minister merkte an, die Bevölkerung werde zur Aufnahme bereit sein, wenn ihre eigene soziale Lage gesichert sei. Staatliche Leistungen müßten für alle vorhanden sein, die ihrer bedürften. Die Aufnahmefähigkeit des Landes NRW dürfe nicht überstrapaziert werden.

**Heinz Paus** (CDU) erklärte, die Bevölkerung sei zu Recht beunruhigt. Die Zahlen seien bedrückend. Im Jahre 1988 sei gegenüber 1987 eine Verdoppelung bei kontinuierlich abnehmender Anerkennungsquote festzustellen. Über 70 Prozent der Asylbewerber kämen aus Polen, Jugoslawien und der Türkei mit Anerkennungsquoten bei 0,2, 2,3 und rund 7,3 Prozent. Als beängstigend bezeichnete es der Abgeordnete, daß die hohen Zahlen der ersten Monate des Jahres 1988 sich in den ersten beiden Monaten 1989 noch einmal verdoppelt hätten.

**Horst Radtke** (SPD) bedankte sich bei CDU und F.D.P. für die sachliche Argumentation. Die Ausschüßberatungen würden Gelegenheit geben, wie Vorschläge zur Verbesserung der Situation des Asylrechts im Land NRW umzusetzen seien.

**Dagmar Larisika-Ulmke** (F.D.P.) zitierte eine Aussage der F.D.P. auf deren Bundeshauptausschuß: „Wir dürfen die Lösung dieser Probleme, nämlich die Asylfrage, weder Scharfmachern noch Emotionen überlassen, sondern Bund, Länder und Gemeinden müssen gemeinsam ein zuständigkeitsübergreifendes Programm entwickeln, das unseren Mitbürgern die Überzeugung gibt, nicht hilflos einem wachsenden Problem ausgeliefert zu sein.“

Wegen sitzungsfreier Wochen erscheint die nächste Ausgabe von „Landtag intern“ erst wieder am 18. April 1989. Der Präsident des Landtags, Karl Josef Denzer, als Herausgeber sowie die Redaktion wünschen allen Lesern friedvolle und frohe Ostern.

## Aussprache über Abschlußbericht des II. Parlamentarischen Untersuchungsausschusses

### Geschäftsgebaren der Neuen Heimat noch einmal im Brennpunkt

Dr. Helmut Linssen (CDU) erklärte in seinem Bericht über die Tätigkeit des Ausschusses, der II. Parlamentarische Untersuchungsausschuß sei aufgrund eines Antrages der CDU und der F.D.P. am 7. März 1986 vom Landtag eingesetzt worden. Er habe 47 Sitzungen durchgeführt. In 33 Sitzungen habe man Beweis durch die Vernehmung von Zeugen und die informativische Anhörung von Sachverständigen erhoben. Der stellvertretende CDU-Fraktionsvorsitzende führte aus, er wäre unaufrichtig, wenn er die Funktion eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses als Mittel der politischen Auseinandersetzung zwischen Regierung und Opposition unterschätzen oder gar leugnen wolle. Gleichwohl könne er heute befriedigt feststellen, daß es dem II.

Zum Bericht über die Tätigkeit des II. Parlamentarischen Untersuchungsausschusses des Landtags zum Geschäftsgebaren der Neuen Heimat Nordrhein-Westfalen, der Wohnungsbauförderungsanstalt und der Landesentwicklungsgesellschaft fand am 15. März im Plenum eine Aussprache statt. Der Ausschußvorsitzende Dr. Helmut Linssen (CDU) betonte die einstimmige Verabschiedung des Berichtes, dennoch fanden unterschiedliche Gewichtungen statt. So kritisierte Linssen das Verhalten der Westdeutschen Landesbank (WestLB) sowie des Vorstandschefs der Wohnungsbauförderungsanstalt, der die Anstalt wie sein Privatunternehmen geführt habe. Der SPD-Sprecher im elfköpfigen U-Ausschuß, Gerhard Wendzinski, hingegen hielt CDU- und F.D.P.-Parlamentariern vor, sie hätten während der Arbeit des Untersuchungsausschusses diese durch öffentliche Äußerungen untergraben. Der Abgeordnete Hans-Joachim Kuhl, als Sprecher der F.D.P., bezeichnete Rücktrittsforderungen, die von seiner Fraktion damals erhoben worden seien, als durchaus berechtigt. Neben einer moralischen und politischen gebe es auch eine rechtliche Verantwortung der Landesregierung.

U-Ausschuß eine Fülle von Mißständen, sowohl was die Ansteuerungs- und Verkaufspraxis als auch was die Aufsicht über die Geschäftsführung durch Verwaltungsrat und Ministerium betreffe, aufdecken könnten. Linssen stellte die Frage, ob es immer richtig sei, sogenannte verdiente Politiker in hochdotierte Posten zu hieven. Mehr Staatsferne täte solchen Institutionen oft besser. Er berichtete ferner, die Verkaufs-

plexen durch die Wohnungsbauförderungsanstalt, der Rückabwicklung von Ergebnisabführungsverträgen innerhalb des Gesamtkonzerns der Neuen Heimat, dem Verfahren auf Aberkennung der Gemeinnützigkeit der Neuen Heimat und dem Erwerb eines Erstpakets von 2385 Wohnungen der Neuen Heimat durch die LEG beschäftigt. Es sei wahrscheinlich ein einmaliger Vorgang, daß derart viele Komplexe einem einzigen Untersuchungsausschuß übergeben worden seien. Der gemeinsame Nenner aller zu untersuchenden Fragen sei die Tatsache, daß sie im Zuständigkeitsbereich des Ministers für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr angesiedelt seien. Der Bericht decke Schwachstellen und Unkorrektheiten auf, sagte der Politiker. Die Wohnungsbauförderungsanstalt habe in den 70er Jahren unter der Verantwortung von zwei F.D.P.-Innenministern ohne Rücksicht auf wirtschaftliche Gesichtspunkte Wohnungen angesteigert. Die WestLB habe sich im Zusammenhang mit dem Erwerb von 2385 Wohnungen der Neuen Heimat durch die LEG in erster Linie bemüht, ihr eigenes Kreditengagement bei der Neuen Heimat zurückzuführen. Sie habe dabei ihre Aufgaben als Staatsbank vernachlässigt.

Ferner habe der Regierungspräsident seine Aufsicht über die Neue Heimat NRW zumindest in den Jahren 1974 bis 1979 nicht immer zureichend ausgeübt. Regierungspräsident sei damals Dr. Achim Rohde gewesen, heute Vorsitzender der F.D.P.-Landtagsfraktion. Im folgenden dankte der SPD-Sprecher dem Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses, Dr. Linssen, für die sachliche, faire und konstruktive Leitung von 47 Sitzungen, deren Protokolle immerhin fünf Aktenordner füllten. Dem Minister Dr. Christoph Zöpel (SPD) maß Wendzinski zu, er habe in seiner Amtszeit dafür gesorgt, daß die Wohnungsbauförderungsanstalt bei der Ansteuerung und Veräußerung von Grundstücken nach kaufmännischen Grundsätzen verfahren sei. Es sei gar nicht auszudenken, wo man heute stünde, wenn Christoph Zöpel die Wohnungen der Neuen Heimat im Interesse der Mieter nicht gerettet hätte. Er habe allen Anfeindungen zum Trotz im richtigen Augenblick die richtigen Entscheidungen getroffen.

Hartmut Schauerte (CDU) sagte, die CDU habe auf ein Minderheitenvotum verzichtet, um ein Stück gemeinsame Verantwortung zu dokumentieren und um im Hinblick auf peinliche Feststellungen die SPD zu binden. So habe es den Versuch gegeben, eine Lex Neue Heimat zu schaffen. Bedenken gegen

Fortsetzung Seite 5



Gemeinsames Ergebnis: v. l. Dr. Helmut Linssen (CDU), Gerhard Wendzinski (SPD) und Hans-Joachim Kuhl (F.D.P.).  
Fotos: Schüler

Parlamentarischen Untersuchungsausschuß gelungen sei, keine Proporz- oder Kompromißwahrheiten gefördert, sondern übereinstimmende Ergebnisse vorgelegt zu haben. Der Untersuchungsbericht sei von den Mitgliedern des Untersuchungsausschusses einstimmig verabschiedet worden. Die Arbeit habe sich über drei Jahre erstreckt. Der Ausschuß habe nicht nur das Geschehen um die Neue Heimat zu untersuchen gehabt. Ein Schwerpunkt sei die Überprüfung der Geschäftstätigkeit der Wohnungsbauförderungsanstalt des Landes gewesen. Trotz des Themenkatalogs hätte der Ausschuß seine Arbeit früher beenden können, wenn er in seinen Untersuchungen nicht durch das geradezu überhebliche Verhalten der Westdeutschen Landesbank behindert worden wäre. Trotz einer Vollständigkeitserklärung des Vorstandes der WestLB sei der Untersuchungsausschuß bis heute nicht davon überzeugt, daß die Bank dem Beweisbegehren des Ausschusses vollständig nachgekommen sei. Der Vorsitzende verwies dann darauf, bei der Überprüfung der Geschäftstätigkeit der Wohnungsbauförderungsanstalt habe der

geschäfte mit dem Architekten Theissen und der Firma Interbau seien am Verwaltungsrat der Wohnungsbauförderungsanstalt offenbar völlig unbeanstandet vorbeigelaufen. Zur Neuen Heimat und der Rückabwicklung der Ergebnisabführungsverträge meinte der Vorsitzende, bedenklich sei ihm erschienen, wie schnell Minister Dr. Zöpel bereit gewesen sei, den hausgemachten Sanierungsvorstellungen der Neuen Heimat zuzustimmen. Linssen nannte noch zwei weitere Schwerpunkte der Ausschußarbeit, die die Aberkennung der Gemeinnützigkeit der Neuen Heimat Nordrhein-Westfalen sowie das sogenannte LEG-1-Geschäft, nämlich den Erwerb von genau 2385 Wohnungen durch die Landesentwicklungsgesellschaft, betroffen hätten.

Gerhard Wendzinski, stellvertretender SPD-Fraktionsvorsitzender, bezeichnete als Ausgangsbasis der Diskussion im Plenum die Überschrift eines Fernsehberichts: „Den heftigen Worten von einst stehen nun moderate Töne gegenüber“. Der Untersuchungsausschuß habe sich mit der Ansteuerung und Veräußerung von Mietwohnungskom-

## F.D.P.-Antrag „Wahrnehmung der Rechtsaufsicht“

### Gutachten über Landesrundfunkanstalt

*Einstimmig angenommen wurde vom Plenum nach der Aussprache über einen F.D.P.-Antrag „Wahrnehmung der Rechtsaufsicht über die Landesrundfunkanstalt“ (Drs. 10/4136) am 16. März eine Entschließung der SPD-Fraktion (Drs. 10/4183), wonach die Vorwürfe des Landesrechnungshofs (LRH) gegen die Personalwirtschaft bei der Landesrundfunkanstalt (LfR) durch ein unabhängiges Gutachten überprüft und Mißstände gegebenenfalls umgehend abgestellt werden sollen.*

**Dr. Achim Rohde**, F.D.P.-Fraktionsvorsitzender, bezeichnete es als „doppelte Satire“, die Ankündigung der Überprüfung zu begrüßen, da die LfR dazu gesetzlich verpflichtet sei und eigentlich handeln müsse. Hauptkritikpunkt sei die unverantwortliche Aufblähung des Personalbestands. Fünf Bedienstete würden wie Universitätsdirektoren, weitere zehn wie Behördenleiter vergütet. Spitzenbeamte im Land müßten sich veralbert vorkommen, wenn ihre Arbeit gleichgesetzt werde mit Referententätigkeit in der LfR. Dies sei der stärkste Affront gegenüber der Leistung des öffentlichen Dienstes. Das Augenmaß für das Verhältnis von Leistung und Vergütung sei völlig verlorengegangen. Die einzige Erfahrung, die in der LfR vorherrsche, sei die mit dem gleichen Parteibuch. Demgegenüber fehlten Lehrer, Professoren, Fachkräfte für Umweltschutz, Beamte in Justiz und Polizei. Es handele sich bei der LfR um eine Reinkultur von schwarz-rotem Filz.

**Ministerpräsident Johannes Rau** (SPD) wies den Vorwurf mangelnder Rechtsaufsicht zurück, da hierfür zunächst die gewählte Rundfunkanstalt-Kommission zuständig sei. Vorwürfe würden im Parlament immer erst bewertet, wenn die Betroffenen dazu gehört worden seien. Er sei für eine Sonderprüfung durch die Treuarbeit.

Es solle nichts unter den Teppich gekehrt werden.

**Jürgen Büsow** (SPD) warf Dr. Rohde Staatsinterventionismus vor. Der Bericht des LRH liege dem Parlament nicht vor, daher könne sich auch der Hauptausschuß noch nicht damit befassen. Im übrigen solle die Gehaltsstruktur sehr kritisch beurteilt und sollten Überschüsse der LfR an den WDR geleitet werden, für kulturelle und Forschungszwecke. Kulturelle Filmförderung wäre vernünftig. Der Direktor der LfA solle vor dem Hauptausschuß Stellung nehmen.

**Dr. Ottmar Pohl** (CDU) äußerte Betroffenheit über Anzahl und Gehälter der LfR-Bediensteten bei der Union, zumal die kreative Produktion, wie beim WDR, bei der LfR überhaupt keine Rolle spiele. Staatsferne sei kein Argument, der Vertreter der Staatskanzlei sitze sowohl im Rundfunkrat wie in der Kommission. Die CDU lege den Entwurf eines Publizitätsgesetzes vor, wonach Geschäftsberichte öffentlicher Anstalten zu veröffentlichen seien. Rau habe wie auf fast allen Gebieten die Zügel schleifen lassen.

**Dr. Helmut Linssen** (CDU) schilderte das Zustandekommen der Tarifstruktur, was auch Rau bekannt sei. Es sei auch um die Unterbringung des Herrn Schütz gegangen.



Die „Wahrnehmung der Rechtsaufsicht über die Landesrundfunkanstalt“ verlangte F.D.P.-Fraktionsvorsitzender Dr. Achim Rohde (r.) von Ministerpräsident Johannes Rau (SPD).  
Fotos: Schüler

Rau solle sich dazu und zu den Konsequenzen bekennen.

**Ministerpräsident Johannes Rau** (SPD) sagte, er kenne keine Rechtsaufsicht über Zulässiges. Linssen habe außerdem den Namen Rödding weggelassen.

**Dr. Helmut Linssen** (CDU) monierte, der Leiter der Staatskanzlei, Wolfgang Clement, habe im Rundfunkrat nicht nur Rechtsaufsicht wahrgenommen, sondern politische Richtlinien vertreten.

**Professor Dr. Friedhelm Farthmann**, SPD-Fraktionsvorsitzender, stellte auf den Unterschied zwischen Rechts- und Fachaufsicht ab. Die Rechtsaufsicht der Staatskanzlei könne erst greifen, wenn Prüfungsbedarf über das Aufsichtsgremium festgestellt worden sei.

## Untersuchungsbericht...

Fortsetzung von Seite 4

das Rückabwicklungskonzept seien in NRW nicht aufgegriffen worden. Minister Zöpel habe eine Menge unternommen, nicht gedeckte Manipulationen hinzunehmen. Insgesamt habe die Aufsicht nicht funktioniert. Die CDU wolle trotz der schweren Fehler schützende Hände über der Neuen Heimat beibehalten. Beim LEG I-Geschäft habe Zöpel zu teuer gekauft, der WestLB blind vertraut und nicht erkannt, daß diese auch eigene Interessen gehabt habe. Über Genossenfilz im Bereich der WFA sei die CDU sehr erschrocken, diese müsse neu geordnet werden. Beim LEG I-Geschäft sei mit öffentlichen Geldern dem maroden Konzern unter die Arme gegriffen worden. Die Aberkennung der Gemeinnützigkeit sei für Zöpel eine erhebliche Peinlichkeit. Beim Verfahren müsse die Mitwirkung des Landtagspräsidenten heraus und die Stellung des Ausschußvorsitzenden gestärkt werden.

**Hans-Joachim Kuhl** (F.D.P.) hob die Gemeinsamkeit der Demokraten durch den einvernehmlichen Bericht hervor. Im übrigen seien die Rücktrittsforderungen der F.D.P. berechtigt gewesen. Allein das „Ja“ auf die Frage nach Falschinformationen bei Zielkonflikten spreche dafür. Leichen seien zwar nicht gefunden worden, aber Leichengeruch sei geblieben. Die WFA habe sich in uner-

träglichem Maße in die Abhängigkeit eines Privatmannes begeben. Dem früheren Regierungspräsidenten Rohde sei für das erste offizielle Gerichtsverfahren in Sachen Neue Heimat zu danken, ebenso der Oberfinanzdirektion Düsseldorf für die Prüfung der Verstöße gegen die Gemeinnützigkeit. Dem Prüfungsverband sei mangelndes Interesse an Klärungen vorzuwerfen. Letztendlich sei auch der Rettungsversuch der Landesregierung gescheitert. Die WFA gehöre in dieser Form aufgelöst.

**Gerd-Peter Wolf** (SPD) hob die sachliche Zusammenarbeit aller Fraktionen im Untersuchungsausschuß und die souveräne Sitzungsleitung des Ausschußvorsitzenden nachdrücklich hervor. Anfangs habe es bei der Opposition zwar den Versuch gegeben, das Thema parteipolitisch auszuschlachten, so sei von Skandal gesprochen und der Rücktritt des Ministers gefordert worden. Dann aber habe man sich besonnen, wohl in der Überlegung, „daß der Ruf der Politik seit Jahren sinkt, wenn wir selbst uns gegenseitig, wenn es nicht nötig ist, mit Schlamm bewerfen“. Man müsse als Ergebnis festhalten, daß der Kauf der Wohnungen nicht nur „sozialpolitisch und wohnungspolitisch sinnvoll, sondern auch wirtschaftlich gerechtfertigt“ war. So sei festzustellen, daß der Erfolg parlamentarischer Parforceritte oft nur kurzlebig sei, während Wohnungspolitik mit langem Atem betrieben werden müsse.

**Peter Bensmann** (CDU) erklärte zu der gemeinsamen Feststellung zu LEG I, die Neue Heimat habe die Landesregierung bei der Abwicklung des Geschäfts übervorteilt, „übervorteilt“ heiße doch im Verständnis der Bürger: Man habe mehr Geld bezahlt als nötig gewesen sei. „Das heißt doch für uns Parlamentarier: Man hat im Grunde genommen öffentliche Gelder, Steuergroschen ausgegeben, obwohl man ja eigentlich von der Verfassung her den Auftrag hat, möglichst sparsam damit umzugehen“, sagte Bensmann. Wenn hier stehe, daß man „übervorteilt“ worden sei, dann sei dieses nicht geschehen. Wenn das so sei, dann stelle sich die weitere Frage, ob es bewußt gemacht worden sei. Dann sei es wirklich schlimm. Oder sei es aus Unkenntnis gemacht worden: Dann sei es mehr als peinlich. „Oder war es, was sich wie ein roter Faden durch die meisten Anhörungen im Untersuchungsausschuß zog, einfach die Interessenkollision, die die handelnden Personen hatten?“ fragte der Abgeordnete.

**Gerhard Wendzinski** (SPD) meinte abschließend, wenn die CDU hier darlege, die Kaufsumme für das LEG I-Geschäft sei zu hoch gewesen, „dann haben wir dies im Untersuchungsausschuß ebenfalls untersucht und festgestellt, daß dies nur darauf zurückzuführen ist, daß die WestLB ihre Funktion als Staatsbank nicht optimal wahrgenommen hat“.

# Nachtragshaushalt in zweiter und dritter Lesung verabschiedet

## Investitionen für ökonomische und ökologische Erneuerung

**Franz Josef Kniola** (SPD) nahm zu Nachträgen im Ressort Wissenschaft/Forschung Stellung, wobei die SPD einige Vorhaben wie „Betonfassadenrenovierung“ durch Investitionen im Umweltschutz und Arbeitssicherheit ersetzen wolle. Bei der Gebäudesanierung solle Energieeinsparung berücksichtigt werden, auch zur Einsparung von Kosten für Heizung und Klimatisierung. Beispielhaft sollten moderne Konzepte der Abwärmenutzung realisiert werden. Der Märkischen Fachhochschule solle erstmals an einer FHS ein Institut angegliedert werden. Insgesamt habe man sich bei den Vorhaben wegen der Vorgaben des Bundes einschränken müssen, es wäre sonst noch zu interessanteren Maßnahmen gekommen.

Zum Nachtragshaushalt mit einem Volumen von 780 Millionen Mark, davon Strukturhilfemittel des Bundes 756 Millionen Mark, lagen dem Parlament Änderungsanträge aller Fraktionen vor (CDU: Drs. 10/4155, F.D.P.: Drs. 10/4173, SPD-Anträge wurden im Ausschußbericht berücksichtigt: Drs. 10/4129). Der Nachtragshaushalt wurde mit Änderungen im Hochschulbereich nach zweiter und dritter Lesung am 17. März verabschiedet. Nachstehend Plenarauszüge der zweiten Lesung am 15. März.

F.D.P. den Empfehlungen der Mikat-Kommission. Mit globalen Minderausgaben solle höchstens die Neuverschuldung gesenkt werden.

**Volkmar Schultz** (SPD) sagte, schon sehr früh habe NRW die Bedeutung der Reaktivierung von Industrieflächen erkannt. Seit 1976 seien Flächen in der Größe von 5000 Sportplätzen erschlossen und aus dem

mehr den Schienenverkehr und vor allem Ortsumgehungen fördern.

**Umweltminister Klaus Matthiesen** (SPD) wies auf die grundgesetzlich verankerte Pflicht des Bundes hin, für gleichwertige Lebensverhältnisse zu sorgen. Die Kehrtwendung der CDU zum Umweltschutz beim Nachtragshaushalt sei mit dem Antrag zum Landesentwicklungsplan nicht koordiniert.



Verschiedene Schwerpunkte bei der Verteilung der Strukturhilfe-Mittel aus Bonn im Nachtragshaushalt: mehr Umweltschutz (Hartmut Schauerte, CDU), Geräte für die Aus- und Berufsbildung (Rudolf Wickel, F.D.P.), Flächenerneuerung (Volkmar Schultz, SPD), Deponietechnologie vor Ort (Minister Klaus Matthiesen, SPD).

Fotos: Schüler

**Hartmut Schauerte** (CDU) nannte die Strukturhilfe das größte Landesentwicklungsprogramm, das je eine Bundesregierung für NRW vorgelegt habe. Die CDU trete für eine Offensive für den Umweltschutz und für Verteilung auf alle Regionen des Landes ein. Schwerpunkte mit Vorteilen für sozialdemokratisch regierte Regionen müßten vermieden werden. Im Ausschuß sei Mehrheitsmeinung in Beton gegossen worden, „Beratung“ der Änderungsanträge der Opposition habe nicht stattgefunden. Wirkliche Beratung stelle sich auch die Mehrheit der Bürger anders vor. Im Umweltressort wolle die CDU um 375 Millionen Mark erhöhen, für Sanierungsuntersuchungen, den Altlastensanierungsverband, Gewässerunterhaltung, Abwassermaßnahmen, Abfallbeseitigung. Zehn Millionen Mark mehr solle es für den Ausbau von Landstraßen geben.

**Rudolf Wickel** (F.D.P.) kritisierte ebenfalls Bauunterhaltungsmaßnahmen: Das Land habe die Pflicht, seine Gebäude nicht verkommen zu lassen. Die Verlagerung ureigenster Landesaufgaben in Strukturhilfe sei Mißbrauch und verantwortungslos. Die F.D.P.-Anträge hätten Mehransätze in der Berufsbildung und Qualifikation und Forschungsförderung zum Ziel. Berufsschulen bräuchten neue Technik, die Fraunhofer-Gesellschaft brauche neue Geräte. Auch bei Industrieflächensanierungen folge die

Grundstücksfonds ab 1980 1600 Hektar Brachgrundstücke erworben worden. Im Haushalt 1989 seien 84 und im Nachtrag nochmals 44 Millionen Mark für Flächenrecycling vorgesehen. Weitere 30 Millionen erhielten die Gemeinden. Die von der CDU vorgesehene Streichung der Mittel für den Grundstücksfonds und Stadterneuerung sei unverständlich, da es erst vor drei Wochen eine gemeinsame Initiative zur Beseitigung des Industrieflächennotstands gegeben habe.

**Werner Stump** (CDU) warf der Landesregierung Hektik vor, sie verliere sich in Kleinigkeiten und Reparatur von eigenen Versäumnissen. Erschreckend sei auch die Vernachlässigung des ländlichen Raums, ein gravierender Fehler. Der Zustand von Grund- und Trinkwasser sowie die Güte der Fließgewässer seien besorgniserregend, die Bodenbelastung sei riesengroß, Waldschäden und Luftverschmutzung sowie Müllberge machten Sorgen. Eine von Konsens geprägte Umwelt-Offensive sei erforderlich. Beim Städtebau müßten zuerst Kanalsanierungen, dann Oberflächenerneuerung vorgenommen werden.

**Heinrich Dreyer** (CDU) wies den Vorwurf zurück, die CDU-Verkehrspolitiker hätten die Städtebaupolitiker über den Löffel barbiert. Mit 100 Millionen Mark wolle sie viel-

Bei Abwasser und Abfall seien nach der Gemeindeordnung die Investitionen aus Gebühren zu decken, dennoch helfe das Land mit 4 Milliarden Mark in den nächsten zehn Jahren. Hundert-Prozent-Förderung der Gemeinde sei Abkehr vom Verursacherprinzip. Abwassergebühren von drei bis sechs Mark seien angemessen als Beteiligung der Bürger, stimmte er einer Zwischenfrage zu. Mit insgesamt 50 Milliarden Mark werde in den nächsten zehn Jahren die größte ökologische Umrüstung vorgenommen, die es je gegeben habe. Bei Entschwefelung und Entstickung von Kohlekraftwerken werde in einer weltweit einzigartigen zeitlichen Dichte umgerüstet. Mit vier Instrumenten zur Altlastensanierung solle das Riesenproblem eines alten Industrielandes beseitigt werden, vor Ort für Akzeptanz herstellen könne die Regierung nicht. Sanierung sei noch zu teuer und brauche mehr Konkurrenz. Alle Parteien müßten die konkreten Vorhaben vor Ort unterstützen.

### Strahlung im Alltag

Über Strahlung im Alltag und wie die Berührung damit zu vermeiden ist, informiert die von Verbraucherorganisationen herausgegebene Broschüre „Radioaktivität“. Den 100seitigen Ratgeber gibt es für sieben Mark in den Verbraucher-Beratungsstellen in Nordrhein-Westfalen.

# Jugendverbände stärken, damit rechtsextreme Tendenzen im Land NRW keine Chance haben

*Konträre Auffassungen wurden am 15. März bei der Aussprache über die Sicherung verbändlicher und offener Jugendarbeit im Lande Nordrhein-Westfalen deutlich. Die CDU forderte die Landesregierung auf, den Landesjugendplan als ein „wirkungsvolles Instrument der Landesjugendpolitik“ zu nutzen. Von der SPD wurde kritisiert, der CDU-Antrag, der der Debatte zugrunde lag (Drs. 10/3485), sei in der Realität längst überholt. Auch die F.D.P. unterstrich, offene und verbandliche Jugendarbeit seien unverzichtbare Aufgaben der Landespolitik. Der Antrag wurde mehrheitlich abgelehnt.*

**Ruth Hieronymi** (CDU) stellte fest, daß sich SPD und CDU zwar grundsätzlich in der notwendigen Erhöhung der Haushaltsmittel für Jugendarbeit einig seien, daß aber die CDU in der Veränderung der Förderungsvoraussetzung eine Gefährdung der Jugendarbeit sehe. Hielte die SPD an der Regelung fest, daß nur bisher nicht geförderte Einrichtungen Anteil an den zusätzlichen Geldern bekämen, so würden eine Anzahl bisher kommunal geförderter Einrichtungen aus der Landesförderung herausfallen. Auf die Kommunen werde eine weitere Last abgewälzt, wenn sie zusätzlich neue Einrichtungen mitfordern sollten, damit diese Gebrauch von den Landesmitteln machen könnten. Dies habe notwendigerweise eine Umverteilung der Gelder für Jugendarbeit im kommunalen Bereich zu Lasten der bestehenden offenen Einrichtungen zur Folge. Mit diesen Maßnahmen ziehe sich das Land aber aus seiner politischen Verantwortung. Die CDU fordere die Landesregierung auf, den Landesjugendplan als ein „wirkungsvolles Instrument der Landesjugendpolitik“ zu nutzen statt die schwierige Lage der Jugendarbeit weiter zu verschlechtern.

**Heinz Hilgers** (SPD) wollte von einem von der CDU unterstellten Ausstieg des Landes aus dem Landesjugendplan nichts wissen, im Gegenteil, er sei um 18 Millionen, davon zehn für die verbandliche Jugendarbeit, erhöht worden, acht Millionen Mark seien mehr für die offene Jugendarbeit geflossen. Zum Antrag der CDU stellte er fest: „Wir haben der offenen Jugendarbeit offene Entwicklungschancen gegeben, und wir werden Ihren Antrag deswegen als völlig überholt hier im Plenum ablehnen.“ Es gebe nur einen einzigen Vorwurf, den man SPD-Fraktion und Landesregierung machen könne: Daß sie sich nämlich in viel mehr als 20 Sitzungen der unterschiedlichsten Gremien mit der Sache beschäftigt haben; man habe eine sehr umfassende demokratische Beteiligung aller gehabt und dadurch es leider nicht mehr geschafft, das neue Förderverfahren am 1. Januar dieses Jahres komplett in Kraft treten zu lassen. So müsse man die Mittel teils nach neuem, teils nach altem Verfahren verteilen.

**Andreas Reichel** (F.D.P.) meinte, seine Fraktion könne die Feststellung der CDU unterschreiben, offene und verbandliche

Jugendarbeit seien unverzichtbare Aufgaben der Landespolitik — vor allem wenn man an den starken Zulauf von Jugendlichen denke, den rechtsextreme Gruppen hätten. Da sei es die Aufgabe von Jugendpolitikern, die Jugendverbände zu stärken und mit den eigenen Parteien dafür zu sorgen, „daß rechtsextreme Tendenzen keine Chance haben“. Enttäuschend sei der CDU-Antrag in der Frage der offenen Jugendarbeit, darum könne die F.D.P. ihm letztlich nicht zustimmen. Es gebe nicht zu wenig Einrichtungen und zu wenig Geld, sondern zu viele Einrichtungen, in die nur noch die Mitarbeiter, nicht aber die Jugendlichen gingen. Darum müsse vor Ort darüber entschieden werden können, wie das jeweilige Angebot auszusehen habe, es müsse bedarfsgerecht sein, und darüber wüßten die örtlichen Politiker am besten Bescheid.

sich die SPD eine Wiederbelebung im offenen Jugendbereich erhoffe. Es sei nicht zu übersehen, daß in einigen Orten „die Jugendarbeit durch zusätzliche kommerzielle Angebote zum Beispiel von Sparkassen abgelöst“ worden sei. Dort gäbe es keine „vernünftige Bildungsarbeit“, wie es bei den Jugendverbänden verstanden würde. Trotz allem stehe Nordrhein-Westfalen mit der Höhe der bewilligten Landesmittel vor allen anderen Flächenländern. Das Interesse an offener Jugendarbeit sei hier wesentlich ausgeprägter. Die pauschale Formulierung, die Richtlinien in der Jugendarbeit betreffend, habe den Sinn, eine möglichst große Anzahl an Anträgen zulassen zu können, den Spielraum zur künftigen Jugendarbeit zu schaffen.

**Sozialminister Hermann Heinemann** (SPD) unterstrich noch einmal, daß die Zielsetzung der SPD nicht die Bestrafung der bereits engagierten Gemeinden sei, sondern daß die finanziellen Zuwendungen an noch nicht geförderte Einrichtungen in bisher wenig aktiven Gemeinden einen Anstoß zu stärkerem Engagement darstellten. Eine Förderung mit Beteiligung der Gemeinden



Aussprache über Jugendarbeit: v. l. Ruth Hieronymi (CDU), Heinz Hilgers (SPD), Andreas Reichel (F.D.P.) und Sozialminister Hermann Heinemann (SPD).  
Fotos: Schüler

**Georg Gregull** (CDU) wies darauf hin, daß seit 1951 der Anteil des Landesjugendplans am Gesamthaushalt stark gesunken sei. Dies könne aber nicht mit einer ebenfalls sinkenden Zahl Kinder und Jugendlicher gerechtfertigt werden, „nach dem Motto: weniger Jugendliche, weniger Jugendhilfe“. Im Gegenteil, so stellte er fest, wären gerade jetzt besondere Aufwendungen nötig, um den Jugendlichen die Möglichkeiten des Verbandslebens darzulegen. Diese Arbeit könne aber in der Hauptsache nur durch verbandliche und offene Jugendarbeit geleistet werden. Diese gelte es zunächst zu unterstützen und zu sichern, um eine zeitgerechte Weiterentwicklung garantieren zu können.

**Helmut Hellwig** (SPD) unterstrich, daß die Erhöhung der Haushaltsmittel als ein Signal zu werten sei, das den haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeitern eine Bestätigung in ihrer Arbeit sein solle. Mit Bereitstellung der Mittel würden Arbeitsplätze gesichert und Stellen ausgebaut. Vielerorts fehlten Jugendarbeit oder -verbände. Indem das Land neue Formen der Jugendarbeit honoriere, würden neue Impulse gegeben, von denen

bedeute eine Hilfestellung auf freiwilliger Basis. Den Etatvergleich mit 1951 halte er für nicht zulässig, da im gleichen Zeitraum auch die Aufgabenzahl gestiegen sei. Er könne nur betonen, daß das Land Nordrhein-Westfalen in seinen jugendpolitischen Leistungen an der Spitze stehe. Weiter wies er auf die intensive Beschäftigung mit Jugendarbeitslosigkeit, der Schaffung von Ausbildungsplätzen und Jugendbildungsmaßnahmen hin.

## Ausbau der Kindergärten

Eine Aufstockung von 7000 bis 8000 Plätzen soll die Lage in den Kindergärten entspannen. Dies teilte der Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales, Hermann Heinemann (SPD), auf die Kleine Anfrage des CDU-Abgeordneten Helmut Diegel (Drs. 10/3926 und 10/4112) mit. Die Kapazitätssteigerung wird durch die Erhöhung der Haushaltsmittel um 25 Millionen auf 52,5 Millionen Mark möglich. Die hohe Anzahl neuer Plätze soll auch zusätzlichen Bedarf durch die Kinder von Aussiedlern decken.

## Landtag wählte die Mitglieder für neunte Bundesversammlung

Der Landtag hat am 16. März den Vorschlag der SPD, CDU und F.D.P. zur Wahl der Mitglieder für die neunte Bundesversammlung einstimmig verabschiedet. Die Landtagsfraktionen hatten vereinbart, in der gemeinsamen Vorschlagsliste die 141 Mitglieder, die auf sie entfallen, nach dem Höchstzahlenverfahren d'Hondt zu ermitteln. Danach kommen auf die SPD-Fraktion 78 Mitglieder, auf die CDU-Fraktion 55 Mitglieder sowie auf die F.D.P.-Fraktion acht Mitglieder. Bei der neunten Bundesversammlung wird der Bundespräsident gewählt.

Für die SPD wurden folgende Abgeordnete gewählt: Dr. Johannes Rau, Karl-Josef Denzer, Professor Dr. Friedhelm Farthmann, Georg Aigner, Karlheinz Bräuer, Anke Brunn, Jürgen Büssow, Norbert Burger, Dr. Manfred Dammeyer, Günter Einert, Hans Frey, Ingeborg Friebe, Anne Garbe, Reinhard Gärtz, Hermann Heinemann, Horst Henning, Professor Dr. Reimut Jochimsen, Ursula Kraus, Dr. Rolf Krumsiek, Waltraud Lauer, Loke Mernizka, Marie-Luise Morawietz, Hans Pflug, Dr. Diether Posser, Marita Rauterkus, Ilse

Ridder-Melchers, Hans Rohe, Jürgen Schaufuß, Heinz Schleußer, Ulrich Schmidt, Dr. Herbert Schnoor, Volkmar Schultz, Robert Schumacher, Hans Schwier, Johannes Ernst Sondermann, Brigitte Speth, Ernst-Otto Stüber, Gerhard Wendzinski, Joachim Westermann und Dr. Christoph Zöpel.

Für die CDU wurden folgende Abgeordnete gewählt: Dr. Bernhard Worms, Hermann-Josef Arentz, Brunhilde Decking-Schwill, Hubert Doppmeier, Heinrich Dreyer, Heinz Hardt, Lothar Hegemann, Otti Hüls, Dr. Hans-Ulrich Klose, Leonhard Kuckart, Dr. Helmut Linssen, Hildegard Matthäus, Heinrich Meuffels, Karl Nagel, Walter Neuhaus, Ilse Oel, Heinz Paus, Beatrix Philipp, Dr. Ottmar Pohl, Herbert Reul, Franz Riehemann, Antonius Rüsberg, Hartmut Schauerte, Werner Stump, Christa Thoben, Margarete Versteegen, Hans-Georg Weiss und Marie-Luise Woldering.

Für die F.D.P. wurden folgende Abgeordnete gewählt: Dr. Achim Rohde, Heinz Lanfermann, Andreas Reichel und Michael Ruppert.



Die CDU-Landtagsfraktion bereitet eine Initiative zur Verbesserung der Lage der Hör- und Sprachgeschädigten vor. Zu diesem Zweck wurde vom Arbeitskreis Arbeit, Gesundheit und Soziales der CDU eine Anhörung durchgeführt, bei der Betroffene, Fachmediziner sowie Vertreter von Verbänden, Schulen und Krankenkassen Vorschläge zur Verbesserung der Früherkennung von Hörschäden sowie der schulischen und sozialen Förderung der Hörgeschädigten vorgetragen haben.

Foto: Schüler

## Heinemann schließt Organhandel bei Transplantationszentren aus

Wie groß ist die Gefahr, daß in der Bundesrepublik Deutschland Spenderorgane aus der Dritten Welt — durch kriminelle Organentnahme gewonnen — transplantiert werden? Auf diese Thematik ging Gesundheitsminister Hermann Heinemann (SPD) in seiner Antwort auf eine mündliche Anfrage des SPD-Abgeordneten Ulrich Schmidt ein, welche Vorkehrungen in Nordrhein-Westfalen getroffen würden, um Organhandel zu verhindern. Da alle Transplantationszentren in Nordrhein-Westfalen der bundesweiten Arbeitsgemeinschaft der Transplantationszentren angehören, könnte man in ihrem Arbeitsbereich kriminelle Methoden ausschließen, weil hier jeder Spender bekannt sei und die Empfänger nach rein medizini-

scher Indikation ausgewählt würden. Darüber, wie stark der Handel außerhalb dieser Zentren sei, könne er keine Aussage machen, entsprechende Vorgänge seien ihm, wie der Minister betonte, noch nicht bekanntgeworden. Bei dem jetzigen medizinischen Entwicklungsstand — Nieren können 36 bis 48 Stunden, Herz, Leber und Bauchspeicheldrüse vier bis sechs Stunden konserviert werden — halte er die bestehenden Kontrollen für ausreichend. Allerdings sehe er auch, daß bei steigender Nachfrage und größeren Transplantationsmöglichkeiten eine Ausweitung der Organspende-Kriminalität nicht auszuschließen sei. Hier werde der Gesetzgeber gefordert, auf Bundesebene neue Regelungen zu erarbeiten.

## Aktuelle Stunde zur Situation von Coop

Auf Antrag der F.D.P.-Fraktion hat der Landtag am 17. März in einer Aktuellen Stunde das Thema „Coop — Auswirkungen auf den Betrieb genossenschaftlicher Einzelhandelsbetriebe sowie genossenschaftlicher Produktionsstätten in NRW — oder das Ende der Gemeinschaft?“ erörtert.

Hans-Joachim Kuhl (F.D.P.) nannte die Pläne zur Sanierung des angeschlagenen Einzelhandelsriesen „eine weitere Station des völligen Zusammenbruchs der Politik der Gemeinwirtschaft“. Der Sprecher: „Seit Jahren ist bekannt, daß die Gewerkschaften nicht fähig sind, einen im Wettbewerb stehenden Konzern zu leiten und zu beaufsichtigen.“ Da sei es bezeichnend, daß ein ehemaliger Wirtschaftsminister zu Hilfe gerufen werde, der der F.D.P. angehöre. Der Coop-Konzern sei am Ende, saniert seien mal wieder die handelnden Personen. Der Ministerpräsident, der sonst für alle, die Trost brauchen, bereit ist, schweige, fuhr Kuhl fort und stellte die Frage an die Landesregierung, welche Filialen und welche Produktionsstandorte und -betriebe in NRW betroffen seien. Er warnte weiter vor den Auswirkungen auf die japanische Investitionsbereitschaft in NRW, da japanische Banken bei Coop engagiert seien — neben nordrhein-westfälischen Sparkassen, wo die Kommunen als Gewährsträger vor bislang unabsehbaren Folgen bei einem Sanierungsbedarf von vier Milliarden Mark stünden. Nach Neuer Heimat und Coop gelte es jetzt Lehren zu ziehen und den Genossenschaftsgedanken für die Zukunft aufzuarbeiten.

Loke Mernizka (SPD) urteilte in direkter Entgegnung: Für ihn habe sich bestätigt, daß die F.D.P. bei dieser „Schauveranstaltung“ nichts anderes als ihren Haß auf die Gewerkschaften loswerden wolle. Er wies darauf hin, daß die Coop seit 1985 eine selbständige Kapitalgesellschaft mit der Umwandlung in eine AG sei und daher mit der Gemeinwirtschaft nichts mehr zu tun habe. Es sei schlimm, daß mit der F.D.P.-Initiative versuchen werde, zur vorhandenen Unruhe neue Unruhe zu stiften.

Christa Thoben (CDU) bestritt dies: Man könne das Thema nicht losgelöst vom Problem der Gemeinwirtschaft diskutieren. Es stehe aber fest, daß die Coop-Struktur innerhalb der Bundesrepublik unterschiedlich sei, nicht alle Gesellschaften in den Ländern seien in einer prekären Situation.

## Mutterschutzfristen und Erziehungsurlaub

An Düsseldorfer Schulen fehlten im Schuljahr 1987/88 wegen der Mutterschutzfristen 86 Lehrerinnen an 4457 Unterrichtstagen. Wegen Erziehungsurlaubs waren 57 Lehrerinnen an 5514 Unterrichtstagen abwesend. Das teilt Kultusminister Hans Schwier (SPD) in seiner Antwort auf eine Kleine Anfrage der CDU-Abgeordneten Beatrix Philipp mit (Drs. 10/4130 und 10/3967). Schwier verweist ferner darauf, daß ab dem kommenden Schuljahr eine Stellenreserve von vier Prozent für längerfristige Vertretungen bereitgestellt werde.

## Opposition besteht nachdrücklich auf vollständigem Bau der A 33 in Ostwestfalen

### „Autobahn ist unverzichtbar für Entwicklung der Region“

Einer frühest möglichen Fertigstellung der Gesamtstrecke der Autobahn A 33 von Osnabrück über Bielefeld nach Paderborn und Haaren komme große Bedeutung zu. Diese Straße stelle eine wichtige Verbindung zwischen Nordwest- und Süddeutschland her, erfülle für Ostwestfalen Erschließungsfunktion, entlaste Ortsdurchfahrten und erhöhe die Verkehrssicherheit. Über diesen Antrag der CDU-Fraktion (Drs. 10/4143) debattierte der Landtag am 15. März und lehnte ihn danach in direkter Abstimmung ab.

**Hubert Doppmeier** (CDU) wertete in seiner Begründung die Behandlung des Themas A 33 durch Ministerpräsidenten und Verkehrsminister als „Symbol für die systematische Benachteiligung der Region Ostwestfalen-Lippe“. Dabei übertreffe diese Region mit ihren besonders tüchtigen und fleißigen Menschen in einigen Punkten bereits das prosperierende Baden-Württemberg. Trotz der günstigen Daten weise diese Region Standortnachteile auf, etwa die verkehrsmäßige Randlage, das mache Strukturverbesserungen so schnell wie möglich notwendig. Der Bund sei mit dem Ausbau der Intercitystrecke Paderborn—Kassel einverstanden und habe alle Voraussetzungen geschaffen, daß diese Autobahnstrecke schnell verwirklicht werden könne; nur Nordrhein-Westfalen „kommt nicht zu Potte“. Der Landesverkehrsminister, zur Planfeststellung angewiesen, praktiziere „Dienst nach Vorschrift“ und mache keinen Hehl daraus, daß er diese Autobahn nicht wolle. Diese Politik ziele „auf Verhinderung durch Verzögerung“, darum zwingt die CDU jetzt die SPD, „Farbe zu bekennen“ und als Parlament der Regierung „Beine zu machen“. Die Zustimmung zu dem Antrag der CDU sei ein großer Dienst an der Region, sonst würden die Zukunftschancen der jungen Menschen in Ostwestfalen-Lippe verschlechtert: „Das ist keine verantwortliche Politik.“

**Heinz Hunger** (SPD) erteilte der ständig wiederholten „Vernachlässigungstheorie durch die Regierung“ eine Absage. Der CDU-Antrag beweise, daß diese Partei aus der politischen Diskussion über umweltverträglichen Straßenbau nichts gelernt habe. Autobahnen könne man nun einmal nicht so zügig bauen wie ein Einfamilienhaus; wenn man das suggeriere, dann sei das „ein Stück aus dem Tollhaus“. Die SPD lehne eine solche „Straßenbaupolitik mit der Brechstange“ ab. Wenn ein Abschnitt in die Planungen des Bundes als „vordringlicher Bedarf“ aufgenommen werde, dann sei damit nicht praktisch schon Baurecht vorgegeben und das weitere Planungsverfahren zur „Alibiveranstaltung“ degradiert. Der Abgeordnete erinnerte an die schwerwiegenden Eingriffe dieser Autobahn in die ostwestfälische Natur- und Parklandschaft mit Beeinträchtigungen von bedeutenden Kulturdenkmälern. Die



Abschnittsweise geht es voran: Die aktuelle Baustelle am Autobahnknoten A 33/A 2 in Bielefeld-Sennestadt. Foto: W. Heumer/Presseamt Bielefeld

SPD akzeptiere die Entscheidung des Gesetzgebers, „aber wir lassen uns nicht davon abbringen, daß das weitere Planungsverfahren strikt nach Recht und Gesetz und unter sorgfältiger Abwägung aller Belange durchgeführt wird“. Die CDU haben einen „Schauantrag“ eingebracht, der „aufgeregten Aktionismus“ widerspiegele.

**Friedel Meyer** (F.D.P.) meinte, beim Lob der Region würden allzuleicht die Schwächen verschwiegen, unter denen sie zu leiden habe. Insoweit komme der CDU-Antrag zum richtigen Zeitpunkt, fand er: Für die Montanregionen tue die Landesregierung alles, sie verfügten über eines der dichtesten Autobahnnetze der Welt, „aber Ostwestfalen verweigert man die einzige Schnellverbindung von Nord nach Süd, die internationalen Maßstäben gerecht würde“. Wenn die Verkehrsinfrastruktur hinter der wirtschaftlichen Entwicklung eines Landesteils hinterherhinkte, dann sei das eine Beeinträchtigung der wirtschaftlichen Kräfte, keine Unterstützung. NRW gebe immer wieder vom Bund bereitgestellte Autobahnmittel zurück, damit sie zur Erschließung des Allgäu eingesetzt werden — das sei der hiesigen Landesregierung offenbar wichtiger als die Erschließung Ostwestfalens, betonte der Sprecher und wandte zu dem von der Regierung oft betonten Vorgehen nach Recht und Gesetz ein, dies bedeute in Wahrheit „bürokratisch-sozialdemokratische Umständlichkeit und Verzögerung im Rahmen von gesetzlichen Verfahren“.

**Verkehrsminister Dr. Christoph Zöpel** (SPD) betonte: „In Abwägung der verschiedenen Belange, der verkehrlichen, ökonomischen, ökologischen und denkmalbezogenen kommt die Landesregierung zu der Abwägung: Diese Straße ist nicht vertretbar.“ Es könne wohl keinen Zusammenhang zwischen Autobahnkilometern und Wirtschaftskraft geben, dazu seien die Wirtschaftsdaten der Region zu gut; dann müßte es dem Saarland mit seiner höchsten Autobahndichte wesentlich besser gehen. Seiner, Zöpels, Meinung nach sei inzwischen zuviel Infrastruktur ein Standortnachteil, auch in Späths Baden-Württemberg habe man erkannt, „daß man in der Informations-

und High-Tech-Gesellschaft Autobahnen nicht mehr braucht“. Offenbar seien die ostwestfälischen CDU-Politiker „etwas dümmere“ als die baden-württembergischen. Er unterstrich erneut das strenge Vorgehen nach Recht und Gesetz und bestritt energisch, daß Verzögerungen vorgenommen worden seien. Es gebe keinen Streit, daß die A 33 zwischen der A 44 und A 2 so schnell wie möglich gebaut werden müsse. Aber im weiteren Verlauf überwögen die ökologischen Nachteile und außerdem müsse man auf Planungen der Trassenführung aus dem Jahr 1968 zurückgreifen, wo Umweltverträglichkeit noch keine Rolle gespielt habe.

**Heinrich Dreyer** (CDU) stellte das Fehlen einer Entwicklungsachse für diesen Raum in Nord-Süd-Richtung fest; von allen geplanten und wieder verworfenen Verbindungen sei die A 33 als einzige übrig geblieben, „und die ist nun wirklich zwingend erforderlich, um eine leistungsfähige Verbindung herzustellen“. Man könne nicht nur auf der Grundlage heutiger Verkehrsdaten planen, sondern müsse künftige Entwicklungen einbeziehen. Außerdem seien schon heute die Verkehrsverhältnisse unerträglich. Man dürfe das rechtmäßig vorgeschriebene Verfahren aber nicht dazu mißbrauchen, „Planungen, die der Bund vorgeschrieben hat, kaputt zu machen“. Er begrüßte, daß der Minister sich vor dem Landtag zur Verantwortung bekannt habe, die Voraussetzungen für das Baurecht an der A 33 zu schaffen.

**Hubert Doppmeier** (CDU) verwahrte sich gegen das Ministerwort von den „dümmeren“ ostwestfälisch-lippischen CDU-Abgeordneten; das müsse Zöpel klarstellen.

**Minister Dr. Zöpel** (SPD) korrigierte sich, wie er sagte: „Die ostwestfälischen Abgeordneten sind weniger intelligent als die baden-württembergischen.“

**Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose** (CDU) stellte die Frage, ob die Fortsetzung der Debatte auf diesem Niveau gewünscht werde: „Das ist offensichtlich nicht der Fall.“

**Ruth Witteler-Koch** (F.D.P.) wies für ihre Fraktion sehr ernsthaft den Vorwurf des Ministers zurück.

## In der Landesplanung trennen tiefe Gegensätze Opposition und SPD-Fraktion

### F.D.P.-Fraktion überrascht mit Forderung nach dritter Lesung der Gesetzesnovellen

In zweiter Lesung hat der Landtag am 16. März die Gesetze zur Änderung des Landesentwicklungsprogramms und des Landesplanungsgesetzes in der Form der Beschlußempfehlung des Ausschusses für Umweltschutz und Raumordnung (Drs. 10/4158 und 10/4159) mit Mehrheit angenommen. Kurzfristig hatte die F.D.P.-Fraktion vor Beginn der zweiten Lesung den Antrag auf eine dritte Lesung vorgelegt. Dem stimmten die Abgeordneten zu und überwies die beiden von der Landesregierung vorgelegten Gesetzentwürfe zur weiteren Beratung an den Umweltausschuß. Der von der CDU vorgelegte Gesetzentwurf wurde abgelehnt (Drs. 10/1107).



Den im Gesetzentwurf vorgesehenen Ökologievorrang bei bestimmten Abwägungsprozessen erörtert (v. l. n. r.): Gerhard Wendzinski (SPD), Werner Schumacher (CDU), Michael Ruppert (F.D.P.) und Landesumweltminister Klaus Matthiesen (SPD).  
Fotos: Schüler

**Gerhard Wendzinski** (SPD) nannte das Beschlußpaket zur Novellierung des LEPro und des Landesplanungsgesetzes einen „Meilenstein auf dem Weg zur ökologischen und ökonomischen Weiterentwicklung dieses Landes“. Die zur Abstimmung stehenden Gesetze gäben den Behörden ein Instrumentarium an die Hand, die Grundbedürfnisse aller Menschen im Lande zu sichern und wegweisend für die Zukunft die Lebensqualität noch zu steigern. Dabei werde erstmalig vom Gesetzgeber in einem Gesetz der Vorrang der Ökologie bei Nutzungskonflikten unter bestimmten Abwägungskriterien festgeschrieben. Er hoffe auf einen breiten Konsens im Landtag, fügte Wendzinski an und verwies auf die Beispiele anderer Länder, etwa Baden-Württembergs und Bayerns. Den überraschenden Antrag der F.D.P., „zwei Stunden vor Beginn der zweiten Lesung“ eine dritte Lesung zu fordern, qualifizierte der Sprecher als „parlamentarisch unfreundlichen Akt“, der zwar rechtens sei, auf den die SPD aber reagieren werde, indem sie solche Lesungen fortan immer auf den ersten Sitzungstag legen werde, um dann gegebenenfalls freitags, also noch in derselben Woche, die dritte Lesung anzuschließen. Wendzinski beklagte, daß die Bundesregierung noch nicht eine EG-Richtlinie umgesetzt habe, die es ermöglicht hätte, in die Landesplanungsgesetznovelle eine Bestimmung über die Umweltverträglichkeitsprüfung aufzunehmen. Wenn dies geschehe, kündigte der Abgeordnete an, werde man in NRW per Sammelgesetz in einer Fülle von Gesetzen diese Verträglichkeitsprüfung verankern müssen. Er hoffe jedenfalls, schloß er, daß die CDU zur alten Gemeinsamkeit in der Landesplanung zurückfinden werde, denn Zukunftsperspektiven brauchten einen breiten Konsens.

**Michael Ruppert** (F.D.P.) begründete den Antrag auf eine dritte Lesung damit, der Entwurf sei durch die Ausschüsse gepeitscht und nicht ausreichend beraten worden. Wirklich wesentliche Änderungen im Umweltausschuß seien in den mitberatenden Ausschüssen untergegangen. Das neue Landesplanungsgesetz mache Planungen noch schwerfälliger, lähme die Eigeninitiative der Regionen und ihrer Wirtschaft, verzögere Verfahren, schränke kommunale Hoheit und Chancen des ländlichen Raums ein und bringe das Gleichgewicht zwischen Ökonomie und Ökologie auseinander. Zwar sei die „großartige Neuerung des raumordnerischen Leitbildes“ weggefallen, im Hinblick auf Bundesrecht, damit aber auch der Anlaß der Änderung. Auf neue Fragen gebe sie keine Antwort. Auch der europäische Binnenmarkt sei nicht berücksichtigt. Die F.D.P. wolle einen interessenungebundenen Sachverständigenrat und objektive Kriterien für die Landesentwicklung.

**Willi Wessel** (SPD) verteidigte die Beratungen mit Hinweisen auf Stärkung der Bezirksplanungsräte, auf die Möglichkeit der Bildung von Kommissionen bei raumbedeutsamen Standortentscheidungen auf Befristung von Genehmigungen und auf das Einvernehmen zwischen Behörde und Bezirksplanungsrat. Für europäische Hauptstadtregionen solle künftig ein Beirat beim Regierungspräsidenten Köln zuständig sein. Leitentscheidungen wie bei der Nordwanderung der Steinkohle und der Braunkohlepolitik seien landespolitisch unverzichtbar. Der Vorrang des Umweltschutzes solle nicht für Bauleitpläne gelten, dort sollten öffentliche und private Belange gerecht abgewogen werden. Die städtebauliche Entwicklung werde flexibler gestaltet. Bildungs- und Kul-

tureinrichtungen müßten nicht ausschließlich zentralörtlich geplant werden. Im Hinblick auf das umstrittene Großprojekt Triple Five sei die Stärkung der örtlichen Eigenverantwortung festzustellen.

**Werner Stump** (CDU) kritisierte, die Vorschläge der Landesregierung zur Novelle des Planungsgesetzes würden einer modernen zukunftsorientierten Landesentwicklung nicht gerecht. Mit Einführung des Planungsinstrumentes „Raumordnerisches Leitbild“ wolle sich die Regierung ein neues, zentralistisch orientiertes Lenkungsinstrument verschaffen; das halte die CDU für falsch und lehne es daher ab. Sie plädiere vielmehr, an den bewährten Planungszuständigkeiten festzuhalten und weiterhin die Planungsebenen scharf abzugrenzen. Dieses Leitbild, hielt Stump fest, sei der einzige Grund für die Novellierung gewesen, der andere wichtige Grund, die Umweltverträglichkeitsprüfung stehe noch aus: Beides hätte man besser zusammen erledigt. Der Umweltminister sei in mehreren Punkten mit seinen ursprünglichen Absichten nicht durchgedrungen, darum hätte er den Mut besitzen müssen, das ganze Planungsgesetz zurückzuziehen, zumal er von seiner eigenen Fraktion im Stich gelassen worden sei. Seine Fraktion, die CDU, sei in der Landesplanung für einen Neubeginn, der nicht den Frei-raumschutz ideologisiere und keine neuen Planungsinstrumente einführe. Bei der Abwägung von ökologischen und ökonomischen Belangen müsse es nicht nur den ökologischen, sondern durchaus auch einen ökonomischen Vorrang geben, sonst werde es nämlich beispielsweise eine Braunkohlenplanung nicht mehr geben können. Stump abschließend: „Das, was uns die Landesregierung in Sachen Landesentwicklungsplanung auf den Tisch der Beratung gelegt hat, ist unzureichend, fehlerhaft, teilweise verfassungswidrig und beinhaltet einen Stillstand der Landesplanung.“

**Umweltminister Klaus Matthiesen** (SPD) nannte die Oppositionseinwände „Pflichtübungen“, die Entwürfe seien im Laufe der Beratung verändert und verbessert worden, so daß sie jetzt die Voraussetzungen für eine „zukunftsgerichtete, moderne und flexible Landesplanung für die 90er Jahre“ schüfen. In einem so dicht besiedelten Raum müßten die unterschiedlichen Ansprüche an die knappen Flächen und natürlichen Ressourcen zu einer gerechten und ausgewogenen Lösung gebracht werden. Beides, Sicherungs- und Schutz- sowie Entwicklungsfunktion, habe die Landesplanung. Eine moderne Landesplanung sei integrierter Bestandteil der ökologischen und ökonomischen Erneuerung des Landes, die unverzichtbare Voraussetzung im internationalen Wettbewerb sei. Man könne sich die Erhöhung des Lebensstandards nicht dadurch erkaufen, daß die natürlichen Lebensgrundlagen in ihrer Substanz bedroht werden. Dieser Vorrang für den Umweltschutz gelte für die Abwägung bei Grenzsituationen, der Abwägungsprozeß werde nicht ausgeschlossen, sondern geradezu vorausgesetzt: „Damit werden weder ökologische Gesichtspunkte eindeutig verabsolutiert, noch andere Interessen immer und von vornherein zurückgesetzt.“

Fortsetzung Seite 14

## Ausstellung von Werken Inhaftierter im Landesparlament hat Signalwirkung

### Denzer: Perspektiven für den weiteren Lebensweg

Aus Anlaß der Eröffnung einer Ausstellung mit bildnerischen und literarischen Arbeiten von Inhaftierten „Von drinnen nach draußen“ im Landesparlament hat Landtagspräsident Karl Josef Denzer auf die Signalwirkung hingewiesen, die der Präsentation einer derartigen Ausstellung im Landtag zukomme. Zum einen besitze der Ausstellungsort „Landtagsgebäude“ eine Multiplikatorfunktion, zum anderen solle die Ausstellung dokumentieren, daß auch straffällig gewordene und rechtskräftig verurteilte Menschen Mitglieder der Gesellschaft seien, „die wir nicht alleine lassen dürfen“.

Der Präsident berichtete, die künstlerische und organisatorische Betreuung dieser Ausstellung habe das Museum Morsbroich der Stadt Leverkusen übernommen, in deren Rathaus-Foyer sie zum ersten Mal zu sehen gewesen sei. Als die Bitte, diese Ausstellung auch im Landtag zu zeigen, vom SPD-Abgeordneten Horst Henning und dem Justizminister des Landes Nordrhein-Westfalen, Dr. Rolf Krumsiek als Schirmherrn der Präsentation, an ihn herangetragen worden sei, habe er sich zunächst gefragt, ob denn Ziele, Vorstellungen und Erwartungen, die die Hersteller dieser Werke und die Organisatoren mit ihr verbänden, überhaupt erreicht werden könnten. Denn der Landtag unterliege schon aus Sicherheitsabwägungen gewissen Zugangsbeschränkungen. Diese technischen Einschränkungen würden jedoch durch die Signalwirkung aufgehoben.

Auch die Platzierung im Landtag selbst habe einen gewissen Symbolcharakter. Die Ausstellung sei um den „Phoenix“ von Ewald Mataré gruppiert. Dieser „Phoenix“ solle den Wiederaufstieg eines freiheitlichen und demokratischen Gemeinwesens aus der

Asche eines verbrecherischen, ja massenmörderischen Staatsapparates versinnbildlichen. Wie die Bundesrepublik Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg in die Gemeinschaft der freien Völker aufgenommen worden sei, so habe auch jeder Straffällige den Anspruch, wieder in die Gesellschaft integriert zu werden. Weil die Verwirklichung dieses Zieles in leider immer noch zu vielen Fällen scheitere — aus welchen Gründen auch immer —, begrüße er jede Möglichkeit, den Inhaftierten Perspektiven für ihren weiteren Lebensweg anzubieten. Eines dieser Mittel sei die bildnerische und literarische

Betätigung. Denzer fuhr fort, wie immer auch das Urteil über die künstlerische Qualität ausfalle, hinter jedem Werk stünden menschliche Schicksale, das des Inhaftierten, aber auch das seines Opfers. Das hinter der Ausstellung stehende Konzept bedeute eine Verbesserung der Lebenschancen des straffällig gewordenen Täters sowie seiner Fähigkeit, Wiedergutmachung zugunsten derjenigen zu leisten, denen Schaden zugefügt worden sei. Der Inhaftierte solle nach Verbüßen der Straftat in den Stand versetzt werden, „tätige Reue“ zu leisten.



Nach der Ausstellungseröffnung: Landtagspräsident Karl Josef Denzer (2. v. l.) zwischen den Museumsfachleuten Helmut Koch (l.) und Sabine Schütz (M.) vom Städtischen Museum Leverkusen. Daneben die SPD-Abgeordneten Horst Henning und Siegfried Jankowski. Im Hintergrund Lothar Hegemann (CDU).

Foto: Schüler

Anstelle eines CDU-Antrags „Beseitigung des Industrieflächennotstands“, der für erledigt erklärt wurde, nahm das Plenum eine gemeinsame Entschliebung aller drei Fraktionen (Drs. 10/4070) an, wonach öffentliche Hand und Privatbesitzer gemeinsam in die Pflicht genommen werden.

**Gerd Müller** (SPD) bezeichnete das hohe Maß an Übereinstimmung mit dem Bericht der Mikat-Kommission als erfreulich, wobei die Erkenntnisse unabhängig voneinander parallel gewachsen seien. Die Gemeinsamkeit der Fraktionen bei der Beseitigung des Industrieflächennotstands sei ebenfalls zu begrüßen, sie gehe auch auf Erfahrungen bei einer USA-Reise zurück. Vor Ort sollten Aktionsbündnisse Grundstücke verfügbar machen und nicht an Stadtgrenzen enden. Vor allem gehe es um Reaktivierung von Brachflächen. Grundsätzlich gelte das Verursacherprinzip, das reiche aber nicht aus. Letztlich handele es sich um ein Milliardenprojekt für staatliche Aufwendungen, im Nachtragshaushalt seien bereits 55 Millionen zusätzlich dafür ausgewiesen. Sanierungen sollten situationsgerecht erfolgen.

**Hans-Karl von Unger** (CDU) schloß sich an mit positiver Bewertung des gemeinsamen

## Gemeinsame Entschliebung aller Fraktionen

### Aktionsbündnisse für Flächensanierung

Vorstoßes. Bei starrem Verursacherprinzip seien bisher Käufer und Verkäufer gehindert worden, ins Geschäft zu kommen. Die Sanierung kontaminierter Böden sei „auch“ eine gesamtstaatliche Aufgabe nach Meinung der CDU. Die Beteiligung privater Firmen und ihre Pflicht zu gemeinsamer Aufarbeitung der Industrieflächen sei vorgesehen. An der Aktion solle das ganze Land beteiligt werden. Die Kommunen könnten um kompetente Lösungen konkurrieren.

**Hagen Tschoeltsch** (F.D.P.) zitierte einen Bericht, wonach von 2260 Hektar ungenutzter Industrieflächen in den Ballungsgebieten an der Ruhr nur 11,8 Prozent für sofortige Ansiedlungen zur Verfügung stünden. Mit einer parteitaktisch verfaßten Pressemitteilung über die gemeinsame Initiative hätte die SPD etwas zurückhaltender sein können. Besonders wichtig sei der von der F.D.P. eingebrachte Freiraum für die Kommunen und Regionen in Planungen und Konsequenzen. Nicht alles solle aus Düsseldorf vorgegeben werden.

**Städtebauminister Dr. Christoph Zöpel** (SPD) lobte die sachliche Atmosphäre bei dem Problem der Altlasten, das die Gesellschaft weder juristisch noch administrativ völlig bewältigt habe. Niemand habe bisher die richtigen Instrumente gefunden, die Altlasten seien von niemandem kausal verschuldet worden. Der Grundstücksfonds sei erfunden worden, weil niemand etwas getan habe. Nach zehn Jahren zeige sich eine günstige Bilanz. Die Landesregierung werde sich der Anstrengungen würdig erweisen.

**Umweltminister Klaus Mathiesen** (SPD) hob hervor, der Landtag fordere mit der gemeinsamen Entschliebung die Kommunen zur Zusammenarbeit auf, was besonders im Blick auf den europäischen Binnenmarkt bedeutsam sei. Er warnte ferner davor, Sanierungstechnologien ähnlich irrationalen Diskussionen auszusetzen wie bei Sonderabfallanlagen. Die Abgeordneten sollten vor Ort für die Akzeptanz dieser Technologien sorgen.

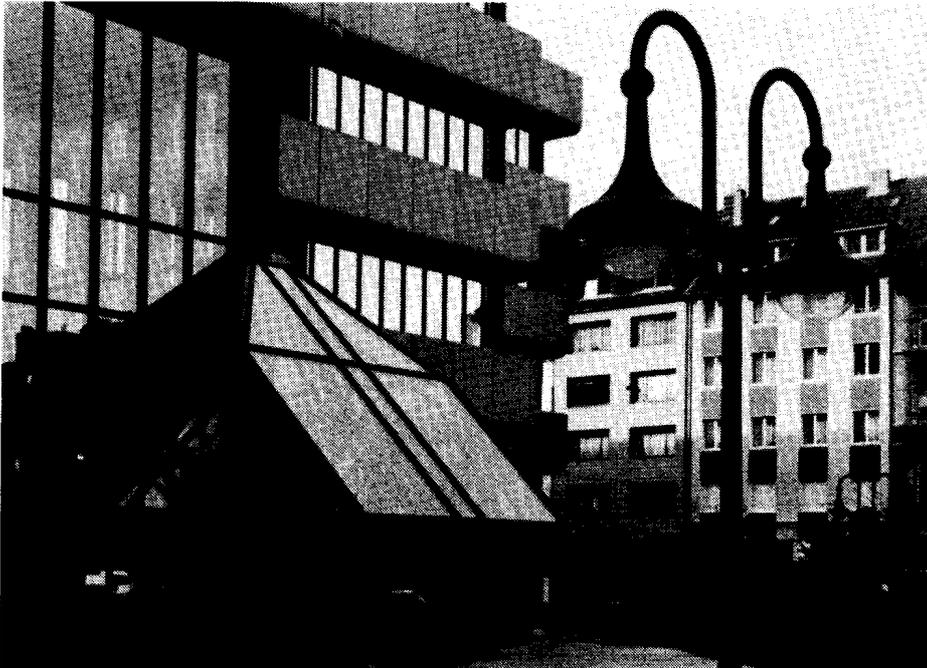
## Hauptausschuß informierte sich über Investitionsbank der WestLB

### Regionalberater für wirtschaftsnahe Förderung

„Aufgaben und Struktur der Investitionsbank NRW“ war Thema einer Sitzung des Hauptausschusses in der Zentrale der Westdeutschen Landesbank (WestLB) unter Leitung des Vorsitzenden Professor Dr. Friedhelm Farthmann (SPD), an der auch Mitglieder und die Vorsitzenden des Haushalts- und des Wirtschaftsausschusses, Hans Georg Weiss (CDU) und Gerd Müller (SPD) teilnahmen.

Gleich zu Beginn sprach der ebenfalls anwesende Finanzminister Heinz Schleußer (SPD) zwei bisher vorgetragene Kritikpunkte an. Trotz der Trennung der Staatsbankbereiche von den Privatbankaktivitäten der WestLB werde Wettbewerbsneutralität gewahrt, da die Bewilligungsverfahren über die Hausbanken der Antragsteller abgewickelt werden sollten. Aufsichts- und Kontrollfunktionen des Landtags würden beibehalten. Der Beirat des neuen Bank-Zentralbereichs solle 14 Mitglieder erhalten, davon je sieben durch WestLB und Kabinett zu benennen.

und -sicherung sowie Betriebsverlagerung gefördert. Umweltschutzinvestitionen, Maßnahmen der Stärkung der regionalen Wirtschaftsstruktur und Technologietransfer seien weitere Aufgabenfelder. Künftig solle auch die Wohnungsbauförderung in NRW (1988 1,5 Milliarden Mark bewilligter Mittel und 37,4 Milliarden Mark Darlehensbestand) durch die IB abgewickelt werden. Als zentrale Informations- und Beratungsstelle in Förderfragen stelle die IB ihr gesamtes Knowhow Kreditinstituten, Kammern, Wirtschaftsförderungseinrichtungen und Investoren zur Verfügung. Durch den



Die Vorsitzenden der drei Fraktionen sowie Vorsitzende und Mitglieder dreier Ausschüsse ließen sich im Zentralgebäude der Westdeutschen Landesbank (Foto: Eingang Friedrich-/Ecke Herzogstraße) in Düsseldorf über die Konzeption des neuen Zentralbereichs Investitionsbank NRW unterrichten. Foto: Schüller

WestLB-Vorstandsvorsitzender Friedel Neuber hob die Erfahrungen der WestLB mit öffentlichen Auftraggebern und als international operierende Bank als günstige Voraussetzungen hervor, um künftig die Vergabe öffentlicher Mittel sparsam und wirtschaftlich zu bündeln.

Direktor Eversmann stellte anschließend die neue Investitionsbank (IB-NRW) als „zentrale Förderstelle des Landes im Bereich der Wirtschafts- und Umweltförderung“ vor. Sie solle die Gewährung von Zuschüssen, Treuhandkrediten, Obligokrediten, Zinsverbilligungen, Bürgschaften und Haftungsfreistellungen im Rahmen von Landesprogrammen in Zusammenarbeit mit allen Banken und im Rahmen der Förderprogramme des Bundes und der EG als Zentralinstitut für die Sparkassen abwickeln. 1988 habe es sich dabei um einen Darlehensbestand von 6,2 Milliarden Mark, um bewilligte Mittel im Umfang von rund 1,5 Milliarden Mark Darlehen und 600 Millionen Mark Zuschüsse sowie die Abwicklung von 37 Programmen gehandelt. Der Mittelstand werde bei Existenzgründung

Aufbau einer regionalen Förder- und Projektberatung gebe es Vorteile für kleine und mittelständische Unternehmen sowie für die Vermittlung zwischen Unternehmen, öffentlicher Verwaltung und kooperationswilligen Investoren.

Die verstärkte Einbindung der WestLB in Aufgaben der Strukturpolitik bringe ein Weniger an Staat und ein Mehr an Wirtschaftsnähe, mindere das Förderrisiko des Landes durch Ausweitung des Bankenverfahrens, optimiere den staatlichen Mitteleinsatz durch Plafondbildung und Sonderfinanzierungen. Ohne finanzielle und personelle Mehrbelastung des Landeshaushalts würden ferner der Außenhandel und die Akquisition für NRW-Unternehmen durch ausländische Niederlassungen gefördert. Kommunen und Kreise würden entlastet.

Die anschließenden Fragen der Abgeordneten bezogen sich auf die parlamentarische Kontrolle der neuen IB, auf den Wettbewerb der Banken untereinander, auf Personalbedarf, den Börsenplatz Düsseldorf und die Tätigkeit der Regionalberater. Hartmut

Schauerte, finanzpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion, sagte, die Sorge der Union über das Anwachsen von Staatsbank-Aktivitäten bei der WestLB und mögliche Wettbewerbsverschlechterungen für die privaten Banken seien noch nicht ausgeräumt. Eine eigene Bank des Landes wäre ihr nach wie vor am liebsten.

Wolfram Dorn, finanzpolitischer Sprecher der F.D.P.-Fraktion, hielt die parlamentarische Kontrolle der IB für nicht ausreichend geregelt und bat nachdrücklich darum, die Berufung in den Beirat noch zu verschieben. Nach Integration des Kapitals der Wohnungsbauförderungsanstalt müsse deren Position neu überdacht werden. Regionale Berater seien grundsätzlich zu begrüßen, ihre Effizienz werde von der Qualifikation abhängen.

Professor Dr. Friedhelm Farthmann, SPD-Fraktionsvorsitzender, sprach von einem Aufgabenzuwachs zu Lasten des Landes und nannte die Neukonstruktion eine große Chance, wobei sich die SPD von ihrer Programmatik ein Stück wegbewege, weg von Staatshoheit, hin zu mehr Serviceleistung. Der Versuch werde sich lohnen und unter kritischen Augen stattfinden. Das unbefangene Gespräch zwischen Vertretern der Wirtschaft und der Politik liege im Zuge der Zeit.

Finanzminister Schleußer sagte zum Personalbedarf, dieser sei seit der IB-Gründung am 1. November 1988 noch nicht absehbar, er gehe von Einsparungen aus, bis Jahresende werde das geprüft. Der Beirat sei im übrigen kein Aufsichts-, sondern ein Beratungsgremium, was von allen Fraktionen akzeptiert worden sei.

## Petitionsausschuß klärt auf:

### Wasserversorgung nur über Eigentümer

„Woher soll der Vermieter bei den hohen Wasser- und Entwässerungspreisen ... das Geld nehmen, wenn er nur eine kleine Rente bezieht?“, fragte Frau R. und bat den Petitionsausschuß um Hilfe. Sie hat seit rund 35 Jahren einen Anbau an ihrem Altbau als Laden vermietet und mit einem eigenen Zähler versehen lassen. Im Mietvertrag wollte sie regeln, daß der Mieter die Wasserkosten direkt mit den Stadtwerken abrechne. Gemäß Verordnung über die Wasserversorgung wurde mitgeteilt, daß der Versorgungsvertrag nur mit Grundstückseigentümern abgeschlossen werde. Frau R.: „Wenn der Mieter nicht an die Stadtwerke zahlt, ist also der Vermieter zahlungspflichtig.“

Bei der Überprüfung durch den Petitionsausschuß stellte sich heraus, daß die Stadtwerke zwar Entgegenkommen gezeigt und jahrelang mit dem Mieter unmittelbar abgerechnet hatten. Sie bestehen jedoch auf Vertragsabschluß ausschließlich mit der Eigentümerin, was der Rechtslage entspricht. Der Petentin konnte nur mitgeteilt werden, daß im Unterschied zur öffentlichen Elektrizitäts- und Gasversorgung eine Versorgungspflicht beim Trinkwasser nur

Fortsetzung Seite 13

## PUA Gladbeck hört sechs Zeugen zu Informationsfluß und Thema Landesgrenze

### Ende kurz vor Nachbarland ließ Frage nach einer Vorgabe aufkommen

Mit der Zeugenvernehmung am 14. März hat der Parlamentarische Untersuchungsausschuß III (Gladbecker Geiselnahme) unter der Leitung von Heinz Lanfermann (F.D.P.) den Beweiskomplex Informationsfluß (zwischen Einsatzleitungen und Innenministerium sowie innerhalb des Ministeriums) abgeschlossen. Nach der Osterpause dreht sich die Beweiserhebung um den zeitlichen Ablauf des Geiseldramas, bei dem Mitte August vergangenen Jahres drei Menschen ums Leben kamen.

Von der Bezirksregierung Koblenz kamen Kriminaldirektor Heinz Schröder und Schutzpolizeidirektor Peter Trojanski. Der eine, Schröder, hatte Polizeihauptkommissar Werner Maxeiner, der bereits am 6. März vom Untersuchungsausschuß gehört worden war, nach einem Gespräch mit dem Auftrag — Schröder ließ in seiner Vernehmung diese Definition nicht gelten und fand die Formulierung „unverbindliche Bitte“ zutreffender — losgeschickt, an Ort und Stelle die für ihn „absolute Randfrage“ zu klären, warum die Geiselnahme von der nordrhein-westfälischen Polizei so unmittelbar vor der Grenze zu Rheinland-Pfalz beendet worden sei: Ob es da möglicherweise eine „Vorgabe“ gegeben habe. „Diese Frage hat sich für uns alle gestellt“, erklärte Schröder, wies aber gleichzeitig darauf hin, daß Alternative Vorgabe oder Nichtvorgabe durch NRW für ihn „nur ein paar Stunden interessant“ gewesen sei. Von „Beunruhigung“ der rheinland-pfälzischen Stellen sprach der Zeuge, weil nach dem Verlassen Kölns durch die Geiselnahme die Lagefortschreibungen der nordrhein-westfälischen Polizei ausgeblieben seien. Daß sich die Geisellage auf rheinland-pfälzisches Gebiet zubewegte, habe man dort erst durch den Anruf eines Tankwerts der Raststätte Siegburg erfahren. Eine eventuelle Vorgabe, die Geiselnahme noch auf dem Gebiet des eigenen Landes zu beenden, sei „selbstverständlich“ mit der PDV vereinbar; es sei „richtig und legitim“, daß eine Einsatzleitung die Angelegenheit im eigenen Lande erledigt, dort könne man sich schließlich aus. Um den Charakter der Randfrage Landesgrenze zu unterstreichen, meinte der Zeuge, es hätte ihm die mündliche Auskunft Maxeiners genügt, auch ohne Eingehen auf diese Frage wäre der Bericht, den Maxeiner geliefert habe, komplett gewesen.

Um diesen Bericht ging es dann bei der Vernehmung des zweiten Zeugen, Peter Trojanski. Der hatte nämlich Maxeiner aufgefordert, diese Stelle des Berichts zu konkretisieren, nachdem ihm bekannt geworden war, daß der nordrhein-westfälische Untersuchungsausschuß um Übergabe der Akten gebeten hatte. Es habe sich hier, so Trojanski, um eine „ungenau, unbefriedigende und ergänzungsbedürftige Stelle“ gehandelt, die der Präzisierung bedurfte — nicht zuletzt im Hinblick auf eine mögliche Ladung



Aus Koblenz vom Regierungspräsidium angeeist: Heinz Schröder (rechts) und Peter Trojanowski als Zeugen vor dem Untersuchungsausschuß.  
Foto: Schüler

Maxeiners vor den Untersuchungsausschuß des Nachbarlandes: Er habe vermeiden wollen, daß ein Beamter „im nachhinein und überraschend“ befragt werden würde. Es sei aber nicht auf Weisung des rheinland-pfälzischen Innenministeriums erfolgt, daß Hauptkommissar Maxeiner seinen Bericht vom 30. August 1988 am 12. Januar 1989 durch einen „Nachbericht“ ergänzt habe, machte der Zeuge deutlich.

### Zugriffsvoraussetzungen

Für eine Stunde war am 17. August 1988 Kriminaloberrat Manfred Becker aus Recklinghausen Einsatzleiter in Vertretung des Leitenden Kriminaldirektors Meise, der an einer Pressekonferenz teilnahm. In dieser Zeit, so berichtete Becker dem Ausschuß, sei ihm ein Blatt Papier — kein Vordruck, wie er versicherte, sondern ein maschinenschriftlicher Text mit alternativen Zugriffsvoraussetzungen — vorgelegt worden. Ein SEK-Beamter der Koordinierungsstelle habe ihn aufgefordert, sich für eine dieser Alternativen zu entscheiden und durch Unterschrift zu bestätigen. Er habe sich geweigert das zu tun, da keine dieser Formulierungen der bis dahin geltenden Absprache entsprach, und er, Becker, keine Lageänderung zu erkennen vermochte, die ein Abgehen von der Linie nahegelegt hätte. Friedrich Unterberg, Schutzbereichsleiter beim Polizeipräsidenten Recklinghausen, war an den letzten beiden Tagen als Führungsassistent in der Einsatzleitung tätig und hatte die Aufgabe, die Standleitung zwischen der Einsatzleitung und der NFZ des Innenministeriums NRW aufrechtzuerhalten. Über diese Leitung habe Einsatzleiter Resch mit der NFZ „taktische Dinge“ besprochen, mit wem genau, vermochte Unterberg nicht zu sagen, er könne auch nicht sagen, ob es um Zugriffsvoraussetzungen oder ihre Änderung gegangen sei. Auch den Partner am anderen Ende der Leitung kenne er nicht.

Wenig im Sinne des Beweisthemas vermochte der Persönliche Referent des Innenministers, Jürgen Rothers, als nächster Zeuge beizutragen. Er erlebte nur den Anfang der Geiselnahme als Bankraub, wurde dann krank und war erst wieder am

18. August im Dienst. So konnte er nur schildern, wie er im Ministerbüro das Ende der Geiselnahme miterlebt hat. Erst die (unrichtige) Meldung über den angeblich glücklichen Ausgang mit nur zwei verletzten Geiseln, dann kurz darauf die Korrektur mit dem Tod der Geisel Silke Bischof; dies sei für alle eine „bedauerliche und deprimierende Mitteilung“ gewesen. Im übrigen habe er nach dem Ende seine Aufgabe darin gesehen, dem Minister den Rücken frei zu halten.

Reinhard Schmidt-Küntzel, Pressesprecher des Innenministers und Leiter des Ministerbüros, wurde zum zweiten Mal als Zeuge vernommen und blieb diesmal unvereidigt wie alle anderen Zeugen dieses Tages. Er wurde, ebenso wie die anderen, nicht nur nach seinem durch eigenes Miterleben erworbenen Wissen befragt, sondern auch nach dem, was ihm später zu Gehör gekommen sei, was Schmidt-Küntzel mit der Bemerkung quittierte, er sei „nicht gerne Zeuge vom Hörensagen“. Über etwaige Gespräche des Innenministeriums mit Einsatzleitern vermochte er nichts zu sagen, er sei als Pressereferent für andere Dinge zuständig, etwa Anfragen von Journalisten, von denen es eine ganze Menge gegeben habe. „Nur zufällig“ wisse er von einem Gespräch des Abteilungsleiters Ruckriegel mit einer auswärtigen Stelle, vermutlich dem Bundesinnenministerium. Aber das habe er nicht vollständig mitbekommen, als er sich in der NFZ aufgehalten habe.

### Petitionsausschuß klärt auf...

Fortsetzung von Seite 12

gegenüber dem Grundstückseigentümer besteht. Zwar heißt es in der Verordnung: „Das Wasser wird nur für die eigenen Zwecke des Kunden, seiner Mieter und ähnlich berechtigter Personen zur Verfügung gestellt.“ In der Bereitschaft der Stadtwerke, die Gebäude auf dem Grundstück von Frau R. gesondert anzuschließen und mit den jeweiligen Nutzern unmittelbar abzurechnen, sei ein besonderes Entgegenkommen zu sehen.

Mit Strom- und Gasschulden des Mieters hat der Vermieter also nichts zu tun, für die Wasserrechnung haftet er. Möglicherweise wird sich hieran bei steigenden Wasserpreisen demnächst einmal etwas ändern.

## Wirtschaftsausschuß zu innerdeutschem Handel Zweimal NRW bei Leipziger Messe

Erstmals mit zwei Gemeinschaftsständen (Wirtschaft und Wissenschaft) war Nordrhein-Westfalen auf der diesjährigen Leipziger Messe vertreten, die von einer Kommission des Ausschusses für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie unter Leitung des Vorsitzenden Gerd Müller (SPD) besucht wurde.

Lebhaften Besuch registrierten die Landtagsabgeordneten auf beiden Ständen. Von der Südwestfälischen Industrie- und Handelskammer zu Hagen und der IHK Bonn war ein Gemeinschaftsstand für 49 mittelständische Industrieunternehmen organisiert worden, an dem sich Landesregierung und Gesellschaft für Wirtschaftsförderung beteiligt haben. Dem Maschinen- und Anlagenbau, der Umwelt-, Elektro- und Chemietechnik sowie Verpackungsindustrie waren die wichtigsten Präsentationen gewidmet. Erstmals auf der Leipziger Frühjahrsmesse war ein Hochschul-Gemeinschaftsstand vertreten, der für das „Forschungsland NRW“ warb.

Die Abgeordneten führten Gespräche mit führenden Repräsentanten des innerdeutschen Handels aus der DDR und der Bundesrepublik Deutschland, so mit dem Vorsitzenden des Handelsvereins DDR/Bundesrepublik Deutschland Professor Freund und mit dem Leiter der (bundesdeutschen) Treuhandstelle für Industrie und Handel Dr. Rösch. Die Westdeutsche Landesbank (WestLB), ebenfalls auf der Messe vertreten, stellte sich mit Expertenwissen über innerdeutschen Handel vor. Als erste westdeutsche Bankrepräsentanz steht ein WestLB-Büro in Ostberlin zur Eröffnung an. Im innerdeutschen Handel liegt NRW, so wurde mitgeteilt, mit etwas mehr als 30 Pro-

zent deutlich vor anderen Bundesländern. Sowohl auf der Liefer- als auch auf der Bezugsseite dominieren Erzeugnisse des Grundstoff- und Produktionsgüter erzeugenden Gewerbes, dagegen hat der Handel mit Investitionsgütern abgenommen. Überhaupt war 1988 ein Rückgang in den von ständigem Auf und Ab geprägten innerdeutschen Handelsbeziehungen zu verzeichnen, der hauptsächlich komplementär abgewickelt wird. Nach Angaben des NRW-Wirtschaftsministeriums hielten sich Lieferungen aus NRW und Bezüge aus der DDR 1988 mit einem Wert von gut zwei Milliarden Mark in etwa die Waage.

Weder bei den Gesprächen mit NRW-Firmenvertretern und -Hochschulrepräsentanten noch mit den teilweise hochrangigen Gesprächspartnern der DDR wurden Probleme des innerdeutschen Handels ausgespart. So wird die DDR zwar als außerordentlich zuverlässiger Handelspartner (und auch Schuldner) angesehen. Flexiblere Reaktionen auf Nachfragelieferungen stoßen jedoch an Grenzen des planwirtschaftlichen Systems. Die in Gang gesetzte Umgestaltung der sowjetischen Wirtschaft wird zunächst als weniger gut kalkulierbar erlebt. Mit Rheinbraun will die stark auf Braunkohlegewinnung ausgerichtete DDR mit besonderem Knowhow in Geohydraulik ins Geschäft kommen.



Die F.D.P.-Fraktion hat bei ihrem Kongreß „Innere Sicherheit“ im Plenarsaal des Landtags eine Podiumsdiskussion durchgeführt: v. l. Dagobert Lindlau, ARD-Journalist, Dagmar Larisika-Ulmke, innenpolitische Sprecherin, Peter Lamprecht, Moderator, Korrespondent Welt am Sonntag, Hermann Lutz, GdP-Bundesvorsitzender, Harald Thiemann, PDB-Landesvorsitzender, Eike Bleibtreu, BDK-Landesvorsitzender (siehe Seite 18).  
Foto: Simmer

### Franz Püll erhielt Medaille der Sparkassen

Für seinen Einsatz um die Belange der Sparkassen und des Mittelstandes erhielt Landtagsabgeordneter Franz Püll (CDU) als langjähriges Verwaltungsratsmitglied der Sparkasse Mülheim an der Ruhr die Dr. Johann Christian-Eberle-Medaille. Diese Medaille erinnert an eine der bedeutendsten Persönlichkeiten des Deutschen Sparkassenwesens und wird für besondere Verdienste um die Sparkassenorganisation verliehen.

### Fraktionen ...

Fortsetzung von Seite 10

**Werner Schumacher** (CDU) rückte zurecht, daß trotz anderslautender Unterstellungen der Umweltschutz für die CDU eine hohe Priorität genieße. Anstelle der von der Landesregierung vorgeschlagenen Instrumentarien sei die CDU für einen einheitlichen Landesentwicklungsplan. Der erwünschte Konsens setze aber voraus, daß man miteinander rede, wie das in früheren Zeiten der Fall gewesen sei: Austausch von Meinung und Gegenmeinung.

### Ausbau Flughafen Düsseldorf

## Jochimsen: Zunächst Entlastung in Kooperation mit Köln/Bonn suchen

Nach einer mündlichen Anfrage gab der Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technik, Professor Dr. Reimut Jochimsen (SPD), über die nächsten Pläne der Landesregierung zum Ausbau des Düsseldorfer Flughafens Auskunft. Die Abgeordnete Marianne Thomann-Stahl (F.D.P.) hatte die Frage erhoben, wo die Landesregierung Prioritäten setze, um das Flugverkehrsweisen in Düsseldorf den modernen Anforderungen, besonders den Nonstop- und Interkontinental-Flügen, anzupassen. Der Minister erläuterte, daß zunächst einmal „die in der Kooperation mit Köln/Bonn begründeten Entlastungspotentiale in vollem Umfang benutzt werden müssen“. Parallel zu diesen Anstrengungen habe er bereits erste Kontakte zur Vorinformation über die Bereitschaft der Angerland-Vergleichs-Partner zur Vertragsänderung geknüpft. Eine Weiterentwicklung dieses Vertrages halte er für erstrebenswert, aber sehr schwierig zu realisieren, da im Vergleich ein Ausbau über den Generalausbauplan hinaus unmißverständlich ausgeschlossen sei. Auf die Frage des SPD-Abgeordneten Georg Aigner, welche weiteren Möglichkeiten es noch geben könne, versicherte der Minister, daß zur Zeit geprüft würde, inwieweit es seitens des „Fluggerätes“ möglich sei, nicht die volle Länge der Start- und Landebahnen ausschöpfen zu müssen. Mit dem Bau einer Parallelbahn würden neue Verhandlungen über die Flughöchstbewegungen notwendig.

### JVA schlug Landtagself

Nach über fünf Stunden Fußball wurde mit einem 5:3-Sieg über die Elf des nordrhein-westfälischen Landtags die Mannschaft der Justizvollzugsanstalt (JVA) Hövelhof der erste Gewinner des Wanderpokals der Straffälligenhilfe Münster e.V. Das Turnier diente u. a. dazu, daß sich auf den ersten Blick so gegensätzliche Gruppen wie Polizei und Inhaftierte beim Spiel ohne Probleme und gegenseitige Vorurteile begegnen können.

### Restaurierungstechnik

Wie Kultusminister Hans Schwier (SPD) auf die Kleine Anfrage der CDU-Abgeordneten Marlis Robels (Drs. 10/3968) bestätigte, soll die Fachschule für Restaurierungstechnik im Erftkreis in vollem Umfang vom Landtagsverband Rheinland errichtet werden (Drs. 10/4131).

**Dr. Fritz Bergmann**, ehemaliger SPD-Landtagsabgeordneter, stellvertretender Vorsitzender der Vereinigung ehemaliger Abgeordneter, hat seinen 60. Geburtstag vollendet. Die Glückwünsche der Landesregierung überbrachte Staatssekretär Dr. Brentrup. Den ehrenamtlichen Bereich würdigte Staatsminister a. D. Dr. Dieter Deneke. Als Vorsitzender der Geschäftsführung der Ruhrverbände ist Bergmann dem Gewässerschutz besonders verpflichtet. Darüber hinaus engagiert er sich in den Landesbeiräten für Wasser, Fischerei sowie Naturschutz und Landschaftspflege. Außerdem ist er Präsident des 130 000 Mitglieder zählenden Landessportfischereiverbandes NRW.

## ● Landesrechnungshof

# Versicherung von Betriebsrisiken Medizinischer Einrichtungen entlastet Etat

In seiner 43. Sitzung hat sich der Ausschuß für Haushaltskontrolle unter dem Vorsitz von Franz Riehemann (CDU) auch mit einer Prüfungsfeststellung des Landesrechnungshofs zu den Aufwendungen der Medizinischen Einrichtungen der Hochschulen für Schadensersatzleistungen befaßt.

Wie Abgeordneter Karl-Heinz Brülle (SPD) als zuständiger Berichterstatter ausführte, sind diese Aufwendungen der Medizinischen Einrichtungen seit Jahren kontinuierlich gestiegen. Im Geschäftsjahr 1986 beliefen sie sich auf mehr als zwei Millionen Mark. In den Bilanzen der Medizinischen Einrichtungen zum 31. Dezember 1986 sind insgesamt rund 10,7 Millionen als Rückstellung für Prozeßrisiken ausgewiesen. Haftpflichtversicherungen, insbesondere zur Abdeckung der mit der Stadt zu deren Krankenbehandlung verbundenen Betriebsrisiken, sind bisher nicht abgeschlossen worden, weil das Land seine Risiken grundsätzlich nicht versichert. Die Schadensersatzleistungen sind auch nicht über die Einnahmen aus der stationären Krankenbehandlung abgedeckt, da sie in die Vorkalkulation der Selbstkosten zur Bemessung der Pflegesätze nicht einbezogen werden. Sie gehen in voller Höhe zu Lasten des Landes.

Demgegenüber gehören nach der Bundespflegesatzverordnung Aufwendungen für die Versicherung von Betriebsrisiken zu den pflegesatzrelevanten Selbstkosten. Da der Grundsatz der Selbstversicherung für Landesbetriebe nicht gilt, und die Medizinischen Einrichtungen wie die Landesbetriebe zu behandeln sind, hat der Landesrechnungshof dem „Minister für Wissenschaft und Forschung“ auf die Möglichkeit der Versicherung von Betriebsrisiken der Medizinischen Einrichtungen und auf die damit verbundene Entlastung des Landeshaushalts hingewiesen.

Wissenschaftsministerin Anke Brunn (SPD) hat die Anregung aufgegriffen und — nachdem der Finanzminister der Auffassung beigetreten ist — Erhebungen über Art und Umfang der abzuschließenden Versicherung eingeleitet.

Zum aktuellen Sachstand führte Abgeordneter Brülle aus, daß der „Minister für Wissenschaft und Forschung“ inzwischen von mehreren Versicherungsunternehmen Angebote für den Abschluß von Pauschalversicherungen für den Betrieb der Medizinischen Einrichtungen eingeholt habe. Die Krankenkassen hätten in Vorverhandlungen ihre grundsätzliche Bereitschaft erklärt, Versicherungsprämien als pflegesatzrelevante Kosten zu akzeptieren. Der „Minister für Wissenschaft und Forschung“ habe mitgeteilt, so Abgeordneter Brülle, daß der Abschluß der Versicherungsverträge unmittelbar bevorstehe, nachdem der Finanzmini-



Schüler und Schülerinnen des Geschwister-Scholl-Gymnasiums in Düsseldorf sowie russische Schüler der Mittelschule Nr. 50 in Moskau haben den Landtag besucht und sind von Landtagsvizepräsident Dr. Horst-Ludwig Riemer (vorne, 4. v. l.) empfangen worden. Die Mädchen aus Moskau, durchweg 16 Jahre alt, und die sie begleitenden Lehrkräfte waren Pioniere eines Austauschprogramms, das in den kommenden Jahren fortgesetzt werden soll. Alle Schülerinnen fanden Aufnahme in Düsseldorfer Gastfamilien. Maßgeblichen Anteil am Zustandekommen des Schülerbesuchs aus der Sowjetunion hatte der Pressesprecher der F.D.P.-Fraktion im Landtag, Ulrich Marten (2. v. r.), der Schulpflegschaftsvorsitzender am Geschwister-Scholl-Gymnasium ist. Foto: Schüler

ster seine endgültige Zustimmung zugesagt habe. Nach kurzer Diskussion nahm der Ausschuß für Haushaltskontrolle zustimmend zur Kenntnis, daß die Versicherungen nunmehr abgeschlossen werden.

## Verkehrsunternehmen

Des weiteren hat sich der Ausschuß für Haushaltskontrolle in dieser Sitzung mit der Kritik des Landesrechnungshofs an der Konzeption der vom Land Nordrhein-Westfalen bislang betriebenen Förderung des Zusammenschlusses von Verkehrsunternehmen befaßt. Wie Berichterstatter Ernst Walsken (SPD) ausführte, fördert das Land den öffentlichen Personennahverkehr durch Subventionierung des Zusammenschlusses von Verkehrsunternehmen. Hinsichtlich dieser Subventionierung hat der Landesrechnungshof bemängelt, daß die dafür entwickelten Zielvorstellungen bei der Bewilligung der Landesmittel nicht in Vorgaben umgesetzt würden, deren Erreichung objektiv meßbar sei. Das praktizierte Förderungssystem liege zudem nicht im Landesinteresse, weil es schon vom Ansatz her auf eine Perpetuierung der Kosten ausgerichtet sei und den Verkehrsunternehmen keinen genügenden Anreiz zur Mobilisierung der Ressourcen und zur Ertragssteigerung oder Verlustminderung biete. Abgeordneter Walsken hob jedoch auch hervor, daß sich der Minister für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr den kritischen Anmerkungen des Landesrechnungshofs gegenüber aufgeschlossen gezeigt habe. So habe er zunächst die Kosten der Verkehrszählungen zur Ermittlung der Höhe der auszugleichenden Mindererlöse erheblich reduziert, indem Zählungen, die aufgrund des Schwerbehin-

dertengesetzes ohnehin durchgeführt werden, nunmehr für diesen Zweck mit ausgewertet würden. Außerdem wolle der Minister die Arbeitsergebnisse einer von ihm beauftragten Kommission auswerten, die, unterstützt durch ein Gutachten einer Beratungsfirma, ein System zur Steuerung und Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs entwickeln solle. Der Landesrechnungshof habe daraufhin seine Bemerkungen in der Annahme für erledigt erklärt, daß seine Anliegen vom Minister für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr bei der neuen Konzeptionierung der Förderung mitverfolgt würden.

Abschließend faßte der Ausschuß für Haushaltskontrolle auf Vorschlag des Berichterstatters folgenden Beschluß zu dieser Prüfungsfeststellung:

„Der Ausschuß begrüßt die Absicht des Ministers für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr, die Förderungsgrundlagen für Zusammenschlüsse von Unternehmen des öffentlichen Personennahverkehrs neu zu konzipieren.

Er erwartet, daß die Anregungen des Landesrechnungshofs, insbesondere

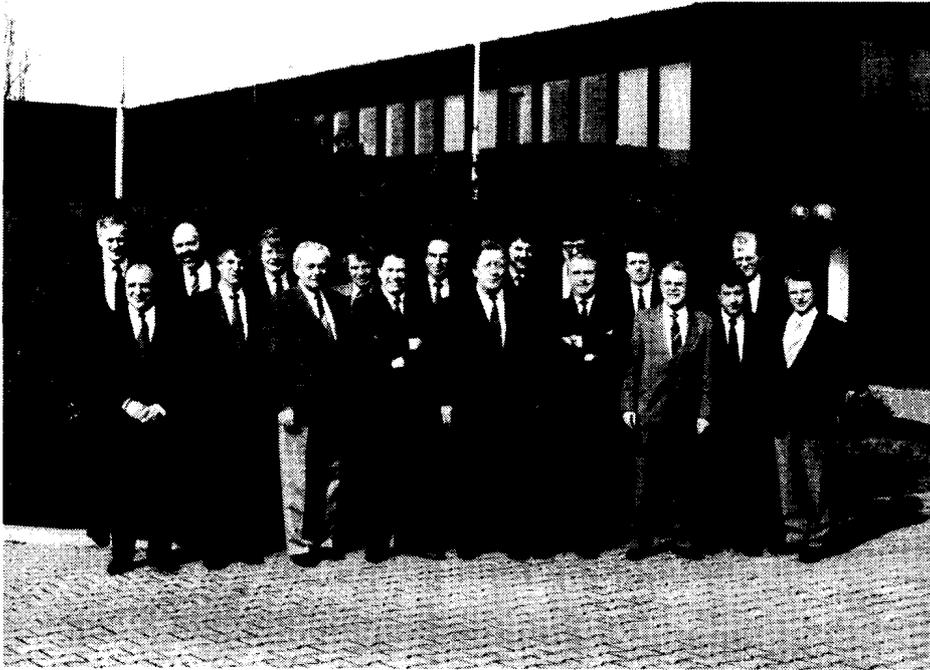
- die mit der Förderung verfolgten Ziele bestimmt zu fassen und den Beteiligten konkret vorzugeben,
- Sanktionsmöglichkeiten des Landes bei verbundwidrigem Verhalten der Beteiligten vorzusehen und
- Förderregelungen zu schaffen, die sich nicht auf den Ausgleich von Defiziten beschränken, sondern Anreize zur Ertragssteigerung und Verlustminderung enthalten,

berücksichtigt werden.

Insbesondere wird die Zusage des Ministers, den Landesrechnungshof bei der Abfassung erforderlicher Richtlinien einzuschalten, begrüßt.“

## Ausschuß für Innere Verwaltung tagte bei Nixdorf Computer AG Paderborn

### Mit neuem Unix-System Targon kann Kompatibilität mit Rechnern der Mittelbehörden hergestellt werden



Der Ausschuß für Innere Verwaltung vor dem Gebäude der Nixdorf Computer AG in Paderborn: 5. v. r. vorne Ausschußvorsitzender Willi Pohlmann (SPD). Links Vorstandsmitglied Karl-Heinz-Stiller, dahinter Staatssekretär Wolfgang Riotte.

Anläßlich einer auswärtigen Sitzung bei der Firma Nixdorf Computer AG in Paderborn befaßte sich der Ausschuß für Innere Verwaltung mit der Problematik der lebensälteren Aufstiegsbewerber im Bereich der Polizei, mit den personellen und räumlichen Engpässen im Landeskriminalamt sowie mit Vorwürfen gegen Polizeibeamte aus Gelsenkirchen, einen Passanten, der sich in eine Rangelei zwischen einer Streifenwagenbesatzung und angetrunkenen Männern einmischte, „unsanft“ behandelt und zu Unrecht vorübergehend festgenommen zu haben.

Georg-Wilhelm Mietz (CDU) wies den Ausschuß darauf hin, daß der Petitionsausschuß in seiner letzten Sitzung beschlossen habe, daß denjenigen lebensälteren Aufstiegsbewerbern, die trotz bestandener Auswahllehrgänge 1987 und 1988 wegen der geänderten Rangziffern nicht zum Aufstieg in den gehobenen Dienst zugelassen wurden, aus Billigkeitsgründen kurzfristig ebenfalls die Möglichkeit zur Teilnahme an der Kommissarsausbildung eröffnet werden muß.

Egbert Reinhard, innenpolitischer Sprecher der Landtagsfraktion der SPD, sprach sich ebenfalls dafür aus, daß die gesetzlichen Möglichkeiten großzügiger ausgelegt werden müßten, um Ungerechtigkeiten zu vermeiden. Nach eingehender Erörterung der Problematik schloß sich der Ausschuß der Auffassung des Petitionsausschusses einstimmig an.

Mietz und der innenpolitische Sprecher seiner Fraktion, Heinz Paus, wiesen auch darauf hin, daß nach ihrer Auffassung die Beseitigung von „Platznöten“ beim Landeskriminalamt überfällig und weitere Möglichkeiten der personellen Verstärkung notwendig sind. Ausgangspunkt der Erörterung war ein Pressebericht, der nach Auskunft des zuständigen Abteilungsleiters des nord-

rhein-westfälischen Innenministeriums jedoch in weiten Teilen die Situation beim Landeskriminalamt falsch darstellte. Es sei dennoch notwendig, über personelle Verbesserungen nachzudenken, räumte auch Staatssekretär Wolfgang Riotte ein. Die Bemühungen seines Hauses seien jedoch weiterhin eingebettet in die haushaltsmäßige Gesamtentwicklung. Er räumte ferner ein, daß im technischen Bereich des LKA Baumaßnahmen dringend erforderlich seien; hier würden haushaltsmäßige Umschichtungen angestrebt, um die notwendigen finanziellen Mittel für eine rasche Problemlösung zur Verfügung zu haben.

Der internen Ausschußsitzung ging ein Besuch der Firma Nixdorf Computer AG in Paderborn voraus. Vorstandsmitglied Karl-Heinz Stiller, zuständig für den Produktionsbereich, stellte die Unternehmensziele vor und wies darauf hin, daß 60 Prozent aller weltweit beschäftigten Mitarbeiter im Produktionsbereich in Nordrhein-Westfalen (Paderborn und Köln) beschäftigt sind. Er verband mit seinen Darstellungen die Bitte an Parlament und Regierung, jede mögliche Hilfestellung in der Form zu leisten, daß die wirtschaftliche Infrastruktur die Wettbewerbsfähigkeit des nordrhein-westfälischen

Unternehmens sichert. Weitere Mitarbeiter stellten die Anwendungsmöglichkeiten verschiedener Softwarepakete im Bereich der öffentlichen Verwaltungen und einigen Landesministerien vor.

Dem Innenministerium wurde ebenfalls die Kooperation angeboten, um polizeitypische Anwendungsmöglichkeiten zu entwickeln. Unter anderem wurde ein tragbarer Computer vorgestellt, der einem Feuerwehrmann oder einem Polizeibeamten durch einen schnellstmöglichen Zugriff auf entsprechende Datenbanken gestatten würde, vor Ort sofort die richtige Entscheidung zu treffen. Mit dem von Nixdorf entwickelten Unix-System Targon hat die Firma der Anforderung entsprochen, die Kompatibilität mit den Rechnern in den dem Innenminister nachgeordneten Mittelbehörden zu gewährleisten. Ausschußvorsitzender Willi Pohlmann (SPD) bedankte sich für den Überblick über das Unternehmen, daß in der ganzen Welt Aufmerksamkeit und Ansehen gefunden habe, und sagte die Unterstützung durch die Parlamentarier im Rahmen der Möglichkeiten zu.

## ● Bei Landessportfest

### Ausrichter trägt bei Diebstahl nicht jedes Risiko

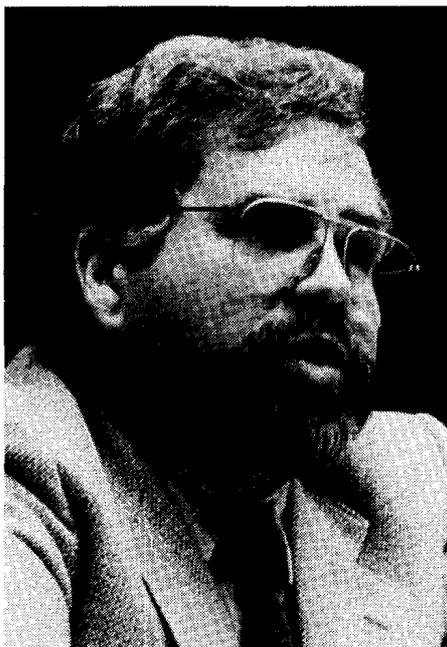
Rechts- und Versicherungsfragen im Zusammenhang mit dem Landessportfest der Schulen hat der SPD-Abgeordnete Herbert Heidtmann in einer Kleinen Anfrage an die Landesregierung angeschnitten und auf ein Beispiel „mit einem Sachverhalt von allgemeiner Bedeutung“ hingewiesen. Danach war einem Hauptschüler aus Bergneustadt bei den Wettkämpfen für den Oberbergischen Kreis im Rahmen des Landessportfestes der Schulen im Freizeitbad Eckenhagen/Reichshof eine Winterjacke im Wert von rund 180 Mark gestohlen worden. Der Abgeordnete berichtet, alle Versuche, bei den beteiligten Städten und Gemeinden wie Bergneustadt und Reichshof sowie dem Kreis als Koordinator für die Ausrichtung der Wettkämpfe den Schaden ersetzt zu bekommen, seien bis zum heutigen Tage erfolglos geblieben. Wörtlich stellt Heidtmann fest: „Die Stimmung bei Lehrern und Schülern ist inzwischen so zu interpretieren, daß man an Veranstaltungen des Landessportfestes nicht mehr teilnehmen wird, wenn die oben dargestellte Angelegenheit nicht zufriedenstellend geklärt wird“. Kultusminister Hans Schwier (SPD) kann in seiner Antwort nur auf die versicherungsrechtlichen Bestimmungen verweisen. Danach seien Schulträger grundsätzlich verpflichtet, berechtigterweise in die Schule mitgebrachtes Eigentum im angemessenen Umfang vor Verlust und Beschädigung zu schützen. Bei Wettkämpfen im Rahmen des Landessportfestes der Schulen komme eine Haftung des Trägers der Sportstätten oder des Ausrichters nur in Betracht, wenn im Einzelfall ein konkretes Verschulden vorliege. Sie trügen nicht jedes Risiko für ein Abhandenkommen oder für eine Beschädigung von Eigentum der Wettkampfteilnehmer (Drs. 10/3963 und 10/4121).

## Jugendausschuß: Fehlende Stabilität — Keine Perspektiven — Konfliktnöte

### Viele Faktoren für Abdriften in neofaschistische Szene

Der Ausschuß für Jugend und Familie befaßte sich in seiner Sitzung am 9. März unter der Leitung von Helmut Hellwig (SPD) im Rahmen einer Aktuellen Viertelstunde auf Antrag der Fraktion der CDU zu dem Thema „Elternbeiträge im Kindergarten“ mit dem derzeit gebräuchlichen Selbsteinschätzungssystem. Einem Prüfbericht des Landesrechnungshofes zufolge soll in bis zu 45 Prozent der Fälle das Elterneinkommen falsch angegeben worden sein. Der Staatssekretär im Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales, Dr. Wolfgang Bodenbender, wies darauf hin, daß der Sozialminister sich bereits seit einigen Monaten mit der Problematik beschäftige. Es sei allerdings davon auszugehen, daß eine Quote von 40 Prozent Falschangaben zu hoch gegriffen sei. Die meisten Selbsteinschätzungen seien richtig erfolgt und diese Eltern hätten ein Recht auf Schutz ihrer Interessen. Möglicherweise sei trotzdem — nach entsprechenden Vorarbeiten — eine Anpassung des Selbsteinschätzungssystems erforderlich.

Im Mittelpunkt der weiteren Beratungen standen Berichte von Sachverständigen über ihre Erfahrungen mit verstärkten Aktivitäten rechtsextremistischer Gruppierungen bei Jugendlichen. Der Ausschuß hatte aufgrund unterschiedlicher Berichte in den Medien beschlossen, sich mit dieser Thematik auseinanderzusetzen. Nach Aussage des Verfassungsschutzes sei davon auszugehen, daß rechtsextremistische Gruppierungen versuchten, insbesondere an Schulen, Sympathisanten zu werben, hieß es. Ihre hauptsächlich Aktionsfelder seien Schmier- und Klebeaktionen, Aktionen gegen Ausländer sowie die Veranstaltung von Zeltlagern. Den Erfahrungen des Verfassungsschutzes zufolge, seien die Ursachen für rechtsextremistische Tendenzen in der persönlichen Situation der Jugendlichen begründet. Eine negative Einstellung zur eigenen Lebenssituation und Konflikte bei der Problembewältigung führten dazu, daß Jugendliche häufig die Schuld für ihre Probleme bei anderen suchten, und sich ein entsprechendes Feindbild aufbauten. Diese Jugendlichen würden sich in vielen Fällen einer Gruppe anschließen, von der sie entsprechende Hilfestellung erwarteten.



Leitete die Aussprache mit Experten: Vorsitzender Helmut Hellwig (SPD).

### In Zeitschriften

Ralf-Erich Posselt, Pädagogischer Mitarbeiter des Amtes für Jugendarbeit der Evangelischen Kirche von Westfalen, wies darauf hin, daß man deutlich zwischen rechtsextremistischen Orientierungen bei Jugendlichen und neofaschistischen Jugendorganisationen unterscheiden müsse. Viele Jugendliche würden neofaschistische Organisationen ablehnen, sich aber gleichzeitig an deren Orientierungsmuster anlehnen. Auch er sah die Ursachen für eine Rechtsorientierung in den Lebensumständen und Alltagserfahrungen vieler Jugendlicher. Fehlende psychische Stabilität der Persönlichkeit, fehlende Einbindung in soziale Gruppen und Identifikation mit deren Zielen und fehlende wirtschaftliche und soziale Zukunftsperspektiven seien die wesentlichen Faktoren für ein Abdriften von Jugendlichen in die neofaschistische Szene, wobei heute Jugendliche aus allen sozialen Schichten gefährdet seien. Für die Jugendarbeit sei es im Umgang mit dieser Problematik erforderlich, auf Stigmatisierungen zu verzichten und sich real mit den unterschiedlichen Bedürfnissen der Jugendlichen auseinanderzusetzen.

Professor Christiane Rajewsky, Fachhochschule Düsseldorf, führte aus, daß rechtsextremistische Gruppierungen ihr Gedanken- gut überwiegend durch Flugblätter, in Zeit-

schriften und im Rahmen von organisierten Jugendfreizeiten verbreiteten. Gerade in Zeitschriften sei für Jugendliche nicht immer der rechtsextremistische Hintergrund erkennbar, da in der Regel aktuelle Jugendthemen im Vordergrund stünden. Die Ideologie des Rechtsextremismus sei geprägt durch die Ablehnung einer parlamentarischen Demokratie, der Hinwendung zum Rassismus sowie durch die Verbreitung eines reaktionären Frauenbildes.

Auch Frau Professor Rajewsky konnte bestätigen, daß Jugendliche im allgemeinen Distanz zum organisierten Rechtsextremismus hielten, sich aber in der Nähe zu seinen Orientierungsmustern bewegten. Die Gründe für die Hinwendung zum Rechtsextremismus beruhten zum einen, trotz schulischer Aufklärung, auf mangelndem Wissen über die NS-Zeit, seien zum anderen aber in der persönlichen Situation der Jugendlichen zu suchen. Persönliche und berufliche Orientierungskrisen, mangelnde soziale Bindungen und der Verlust des Vertrauens in das politische System veranlaßten Jugendliche zur Suche nach neuen Orientierungsmustern. Sei man früher der Auffassung gewesen, daß Mädchen dem Rechtsextremismus eher ablehnend gegenüberstünden, so sei heute festzustellen, daß sich Mädchen nur bei Akzeptanz von Gewalt von Jungen unterschieden. In ganz Europa, so die Professorin, würde es zu einem Anwachsen des Rechtsextremismus kommen, wobei in

der Bundesrepublik mit einem starken Anteil des Neonazismus zu rechnen sei. Dieser Entwicklung gelte es, durch geeignete Mittel und langfristige Maßnahmen entgegenzutreten.

Michael Rüter, Landesschülervertretung Nordrhein-Westfalen, plädierte für eine Öffnung der Schulen für verstärkten antifaschistischen Unterricht. Aktivitäten rechtsextremistischer Gruppierungen an Schulen seien hauptsächlich die Verbreitung von Schülerzeitungen sowie Schmierereien an Schulgebäuden, wobei diese nur an Schulen, an denen schon ein rechtsextremistisches Potential vorhanden sei, zu finden wären. Problematischer seien aus Sicht der Schülervertretung Schülerzeitungen, da deren rechtsextremistischer Hintergrund oft nicht auf den ersten Blick zu erkennen sei. Insgesamt sei an Schulen in den letzten Jahren eine Zunahme neofaschistischer Tendenzen erkennbar. Die Gründe dafür sah auch Rüter in der mangelnden geschichtlichen Aufklärung sowie in der persönlichen Situation der Jugendlichen. Nach Vorstellung der Landesschülervertretung sollten Lehrpläne im Hinblick auf eine antifaschistische Erziehung erweitert werden und für den Unterricht nicht nur Filme oder Bücher, sondern Gespräche mit Zeitzeugen, Veranstaltungen von Werkstätten sowie Begegnungsreisen angeboten werden. Darüber hinaus habe die Schule die Aufgabe, die verschiedenen Kulturströmungen eines Stadtteils zusammenzubringen.

Günter Lambrecht, von der Staatsanwaltschaft mit der Auswertung von Computerprogrammen nach dem Urhebergesetz und u. a. nach Verletzungen des Jugendschutzgesetzes beauftragt, informierte den Ausschuß über die Verbreitung von Computerprogrammen mit rechtsextremistischem Gedankengut. Da die Spiele nie einen Herstellernachweis enthielten, seien die Urheber der Programme in der Regel unbekannt. Die Programme würden auch häufig von Jugendlichen aus Bosheit gegen bestimmte andere Jugendliche selbst geschrieben. Die Verwendung von rechts- aber auch von linksextremistischem Gedankengut würde dabei nicht selten aus Unwissenheit der geschichtlichen Vorgänge erfolgen. Die Verbreitung der Programme, die häufig hinter anderen „harmlosen“ Programmen, z. B. Vokabelprogramme, versteckt würden, erfolge in der Regel auf dem Postwege über Postlagerkarten, die sich Kinder und Jugendliche ohne Einflußmöglichkeit der Eltern in großer Zahl besorgen könnten. Er, Lambrecht, gehe davon aus, daß nahezu jeder Jugendliche, der über einen PC verfüge, bei seinen Computerprogrammen jugendgefährdende Computerspiele habe,

Fortsetzung Seite 19

**SPD-Fraktion****Taktische Überlegungen helfen der F.D.P. nicht**

Der F.D.P.-Fraktionsvorsitzende im Landtag, Rohde, hatte nach den Kommunalwahlen von Hessen die Abrücken seiner Partei von der CDU in Nordrhein-Westfalen erkennen lassen. Dazu stellte SPD-Fraktionschef Friedhelm Farthmann fest:

„Herrn Rohdes Abrücken von der CDU dokumentiert die Angst der F.D.P. davor, bei Wahlen durch den Rost zu fallen. Sie hat erkannt, daß

- die Unions-Politik bundesweit von immer weniger Bürgern akzeptiert wird und
- die nordrhein-westfälische CDU seit langem orientierungslos und ohne ein politisches Konzept agiert.

Ich begrüße es, daß die F.D.P. von einem bisher bei ihr vorherrschenden Blockdenken abrückt und sich nicht mehr auf Gedeih und Verderben an einen Partner binden will. Das bringt Bewegung in eine bislang zementierte Parteienlandschaft.

Ob die F.D.P. aber durch den Rost fällt oder nicht, hängt nicht von solchen parteitaktischen Überlegungen ab, sondern von der Politik, die sie macht. Zum Beispiel davon, ob sie weiterhin eine Wirtschaftspolitik betreibt, die die heimische Montanindustrie gefährdet. Das hängt auch davon ab, ob sie im Umgang mit ausländischen Mitbürgern echte Liberalität beweist oder wie ernst sie die Ängste der Menschen vor der Kernenergie nimmt.“

★

SPD-Fraktionschef Professor Dr. Friedhelm Farthmann und sein Stellvertreter Dr. Manfred Dammeyer empfangen den Vorstand des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE) zu einem Informationsgespräch. Themen waren die jüngsten Beschlüsse der Landesregierung zur Klassenbildung, zur Arbeitszeitverkürzung der Lehrer, zur verbesserten Situation an den Sonderschulen sowie zu den Ersatzstellungen von Lehrerinnen und Lehrern für Erziehungsurlaub. Der VBE-Vorstand begrüßte die Beschlüsse des Landeskabinetts. Vor allem die Arbeitszeitverkürzung für Grund- und Hauptschullehrer und die sich daraus ergebenden Einstellungen an der Grundschule seien ein bedeutsamer Schritt. Übereinstimmend wurden die zusätzlichen Einstellungen an den Sonderschulen (470 Stellen) als große Hilfe für diese Schulen bezeichnet. Kritisch hat sich der VBE allerdings zu den Vorschlägen zur Schule für Lernbehinderte geäußert. Die jetzige Lösung wird seiner Meinung nach den pädagogischen Erfordernissen dieser Schule noch nicht gerecht. Weiterhin wurden Fragen der Schulentwicklungsplanung erörtert. Es wurde vereinbart, das Gespräch fortzusetzen.

★

Für eine bessere Literaturversorgung in den Justizvollzugsanstalten plädiert der kulturpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Dr. Eugen Gerritz (Krefeld). Dies könne durch eine Buchfernleihe, organisiert von einer Gefangeneninitiative, erreicht werden.

In Dortmund gebe es eine Gefangeneninitiative, die aus privaten Spenden 21000 Bücher gesammelt habe. Gerritz will die Landesregierung bitten, nachzuprüfen, ob sie eine Buchfernleihe finanziell unterstützen kann. Gleichzeitig rief der Kulturpolitiker die Öffentlichkeit zu Buchspenden für die Gefangeneninitiative auf.

**CDU-Fraktion****CDU: Landesregierung benachteiligt Bauern**

Einen intensiven Gedankenaustausch über agrarpolitische Themen hat die CDU-Landtagsfraktion unter der Leitung von Dr. Bernhard Worms und Dr. Helmut Linssen mit Vertretern der landwirtschaftlichen Interessenverbände NRW unter Führung des WLV- und DBV-Präsidenten Constantin Freiherr Heeremann MdB im Düsseldorfer Landtag geführt.

Die derzeitige agrarpolitische Situation in Nordrhein-Westfalen unter Berücksichtigung der aktuellen Daten des Agrarberichtes 1988 wurde ebenso erörtert wie die Auswirkungen der Gesetzesvorhaben der Bundesregierung (z. B. Strukturgesetz, Produktionsaufgaberechte, Flächenstilllegung).

Präsident Heeremann bat um Unterstützung der Landesgruppe der CDU im Bundestag, um auch die Situation der nordrhein-westfälischen Landwirte zu verbessern.

Ebenfalls angesprochen wurden notwendige Verbesserungen der Vermarktungsstrukturen im Hinblick auf den EG-Binnenmarkt nach 1992, um die verstärkte Konkurrenzsituation mit Wettbewerbern aus den anderen EG-Ländern bewältigen zu können.

So wie sich die Gesprächsteilnehmer uneingeschränkt für die Beibehaltung der „Friedenswahl“ im bestehenden Gesetz über die Landwirtschaftskammern NW aussprachen, so werden die von der SPD-Landtagsfraktion vorgesehenen Ausgleichs- und Entschädigungsregelungen in Paragraph 15 LWG als unzureichend angesehen, insbesondere im Hinblick auf die Pflanzenschutz-Anwendungsverordnung und ihre Auswirkungen auf die Heilquellenschutzgebiete und sonstige Einzugsgebiete für Wassergewinnungsanlagen.

Die Gesprächsteilnehmer sprachen sich dafür aus, den Gedankenaustausch in Kürze fortzusetzen, um ein möglichst abgestimmtes Verhalten der Agrarpolitik im Interesse der Landwirtschaft zu erreichen.

★

Die nordrhein-westfälische CDU hat in einem dringenden Appell Ministerpräsident Johannes Rau aufgefordert, das Kreisgebiet Steinfurt in die „Zukunftsinitiative Montanregionen“ aufzunehmen. Nachdem die Expertenkommission unter der Leitung von Professor Mikat den Kreis Steinfurt als einziges Gebiet, das noch nicht der „Zukunftsinitiative Motanregionen“ angehört, besucht und dessen Problemstellungen analysiert habe, sei es nun an der Zeit, daß die Landesregierung aus dem hohen Anteil der Motanbeschäftigten in dieser Region (17 Prozent Anteil an den Industriebeschäftigten) endlich die entsprechenden Konsequenzen ziehe, erklärte die stellvertretende Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Christa Thoben.

„Enttäuscht, ja empört!“ zeigte sich die CDU-Politikerin über die ablehnende Haltung von Wirtschaftsminister Professor Jochimsen in der letzten Sitzung des Wirtschaftsausschusses. „Der Wirtschaftsminister ist offensichtlich nicht bereit, zu der regionalpolitischen Verantwortung der Landesregierung zu stehen. Wir hoffen, daß der Ministerpräsident noch eine Kurskorrektur erreichen kann!“

\*) Diese Mitteilungen liegen in der alleinigen Verantwortung der Fraktionen.

**F.D.P.-Fraktion****Die Polizei ist am Ende ihrer Kraft**

Einen innenpolitischen Fachkongreß hat die F.D.P.-Landtagsfraktion im Plenarsaal des neuen Landtages durchgeführt. Über 180 Fachleute und Interessenten aus dem Bereich der Sicherheitspolitik wurden zu Beginn der Veranstaltung durch ein Referat des ARD-Korrespondenten Dagobert Lindlau zum Thema „Ist die innere Sicherheit gewährleistet?“ auf die Kongreßthematik eingestimmt. In einer anschließenden Podiumsdiskussion nahmen zu den Hauptaussagen von Dagobert Lindlau die Vorsitzenden der Polizeigewerkschaften und die innenpolitische Sprecherin der F.D.P.-Fraktion, Dagmar Larisika-Ulmke, Stellung.

Dagobert Lindlau warnte davor, daß das organisierte Verbrechen auch Einfluß auf die politischen Entscheidungen gewinnen wolle. Er verwies dabei auf Auslandserfahrungen in Indien, USA, der Sowjetunion und in Italien. Die Umsätze der Autoindustrie seien ein Pappentstiel im Vergleich mit den Drogenumsätzen, ein Hauptfeld des organisierten Verbrechens. In Italien basierten ganze Industrien auf den schwarzen Geldern des organisierten Verbrechens. Auch im deutschen Kapitalmarkt stecke bereits Geld aus dem Rauschgifthandel.

Übereinstimmung zwischen dem Referenten und den Vorsitzenden der Polizeigewerkschaften bestand insbesondere darin, daß die Polizei nicht nur gelegentlich einen Fall im Bereich der organisierten Kriminalität aufklären dürfe, sondern „dranbleiben“ und ständigen Fahndungsdruck auf spezielle Tätergruppen ausüben müsse.

Die Lage der Polizei schilderte der GdP-Bundvorsitzende Herrmann Lutz mit den Worten: „Die Polizei ist am Ende ihrer Kraft!“ Auch PDB-Vorsitzender Tiemann und BDK-Vorsitzender Bleibtreu schilderten die Möglichkeiten einer effektiven Polizeiarbeit als sehr kritisch. Neben einer erheblich verbesserten Personalausstattung wurden folgende Forderungen diskutiert:

- Gewinnabschöpfung für Gewinne aus der organisierten Kriminalität; hier müsse auch die Umkehrung der Beweislast gelten;
- Verbesserung der Vorfeldarbeit; Rechtsgrundlagen für den Einsatz von V-Männern und verdeckter Ermittlung;
- erheblich verbesserter Zeugen-Schutz;
- Möglichkeiten einer Verstärkung polizeilicher Beobachtungs- und Aufklärungsarbeit;
- insgesamt Erhöhung des Risikos für jeden Täter, von der Polizei ermittelt und gefaßt zu werden.

Die Arbeitskreise des Kongresses standen unter den Fragestellungen:

1. Läßt die polizeiliche Alltagsarbeit noch eine vorbeugende Kriminalitätsbekämpfung zu?
2. Konkurrieren private Sicherheitsunternehmen mit der Polizei?
3. Verändert der Eierdieb-Erlaß das Unrechtsbewußtsein?

Die F.D.P.-Landtagsfraktion sagte zu, weiterhin mit den Polizeigewerkschaften an einer Verbesserung der inneren Sicherheit zu arbeiten. Ihre innenpolitische Sprecherin, Dagmar Larisika-Ulmke, regte an, einen gemeinsamen Vorschlag aller drei Polizeigewerkschaften für die wichtigsten Aufgaben der nächsten Zeit zu erstellen.

## Jugendausschuß...

Fortsetzung von Seite 17

von deren Existenz er häufig wegen der guten Tarnung nichts wisse. Allein im Bereich Münster seien 6000 bis 7000 Disketten begutachtet worden und jeder Jugendliche habe bis zu 100 Tauschpartner. Bei seiner Arbeit habe er feststellen können, daß bei Jugendlichen kein einseitiges Interesse an Computerspielen mit rechts- oder linksextremistischem Gedankengut erkennbar sei, sondern daß der Reiz eines Spieles lediglich durch ausgesprochene Verbote erhöht würde. Da in letzter Zeit kaum neue Spiele verbreitet worden seien, gehe er davon aus, daß sich die Aktivitäten nicht verstärkt hätten, jedoch dürfe die Gefährdung von Jugendlichen durch Computerprogramme nicht unterschätzt werden.

Der Staatssekretär im Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales schlug im Verlauf der anschließenden Diskussion vor, dem Ausschuß zur weiteren Beratung dieser Thematik Berichte über die Verbreitung jugendgefährdender Computerspiele sowie über die Möglichkeiten politischen Handlungsbedarfs zur Verfügung zu stellen.

Reinhold Hemker (SPD) führte aus, die Erfahrungsberichte hätten gezeigt, daß die gesamte Problematik nicht nur auf der mangelnden Bewältigung der Vergangenheit beruhe, sondern tief in die Jugendpsychologie hineinreiche. Es sei unerlässlich, sich auf noch breiterer Ebene weiterhin mit dieser Thematik auseinanderzusetzen.

Antonius Rüsenberg (CDU) schloß sich diesem Vorschlag an, wies jedoch darauf hin, daß es weniger um die Unterscheidung von rechts- bzw. linksextremistischer Tendenzen, sondern in erster Linie um die Auseinandersetzung mit den eigentlichen Ursachen für Extremismus allgemein gehe.

Ausschußvorsitzender Helmut Hellwig (SPD) stellte fest, daß der Ausschuß sich auch im Rahmen seiner weiteren Arbeit mit der Problematik extremistischer Tendenzen auseinandersetzen werde und bat in diesem Zusammenhang darum, daß Personen und Institutionen, die sich mit dieser Thematik beschäftigen, dem Ausschuß weiterhin Unterlagen sowie Informationsmaterial zur Verfügung stellen mögen. (Interessierte Leser können das Material, das zur Vorbereitung der Sitzung zusammengestellt wurde, beim Ausschußsekretariat im Landtag anfordern.)

### LANDTAG INTERN

Herausgeber: Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, Karl Josef Denzer  
Platz des Landtags 1, 4000 Düsseldorf 1,  
Postfach 50 07.

Redaktion: Eckhard Hohlwein (Chefredakteur), Jürgen Knepper (Redakteur), Maria Mester-Grüner (Redakteurin), Telefon: 884 2303, 884 2304 und 884 2545, btx: # 5 68 01\*

Ständiger Berater des Herausgebers für „Landtag intern“: Friedhelm Geraedts, Pressesprecher des Landtags

Redaktionsbeirat: Reinhard Grätz MdL (SPD), Parlamentarischer Geschäftsführer; Heinz Hardt MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Ruth Witteler-Koch MdL (F.D.P.), Stellvertretende Fraktionsvorsitzende; Hans-Peter Thelen (SPD), Pressereferent; Thomas Kemper (CDU), Pressesprecher, und Ulrich Marten (F.D.P.), Pressesprecher.

Nachdruck mit Quellenangabe erbeten

Herstellung: Triltsch Druck und Verlag, Düsseldorf  
ISSN 0934-9154

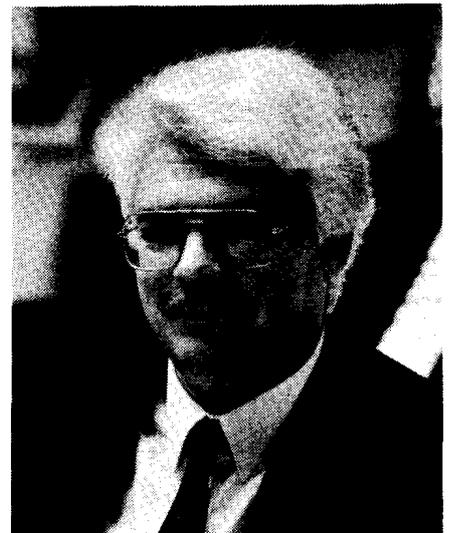
## Porträt der Woche

*Dichtgedrängt stapeln sich die schwarzen Aktenordner im winzig-kleinen Büro des liberalen Landtagsabgeordneten, der quasi über Nacht Schlagzeilen machte. Heinz Lanfermann, erst am 27. Mai 1988 — seinem 38. Geburtstag — in den Landtag nachgerückt, leitet den Parlamentarischen Untersuchungsausschuß zur Aufarbeitung des Gladbecker Geiseldramas. Und der gelernte Richter am Landgericht Duisburg ist sich der Herausforderung dieser Aufgabe durchaus bewußt: „Das Geschehen in Gladbeck hat bundesweit Aufmerksamkeit erregt. Nun müssen wir unseren Gesetzauftrag erfüllen und mögliche Fehler und Versäumnisse aufklären“. Bei aller Neigung für Expressionen, die im parlamentarischen Alltag immer mal durchbricht, versteht Lanfermann seine Funktion als Vorsitzender des ganzen Ausschusses — sicher keine leichte Aufgabe angesichts der Aufregtheiten der letzten Monate.*

*Schon drei Tage nach der Vereidigung hatte der Oberhausener seinen ersten Auftritt im Landtag. Und seit dieser Jungferrede beschäftigt den F.D.P.-Abgeordneten ein Thema: Die Politik des nordrhein-westfälischen Innenministers Herbert Schnoor (SPD). Und zumindest für die F.D.P. wurde der Nachrücker Heinz Lanfermann zum Glücksgriff, kannte er sich doch blendend aus in der nicht immer durchschaubaren Gesetzes-Materie. Der mit einer Richterin verheiratete Jurist hatte sich nach seinem Studium in Bonn mit Fragen des Zivilrechts befaßt, später dann im Strafrecht reüssiert. 1985/86 wurde Lanfermann zum Bundesminister der Justiz nach Bonn abgeordnet. Und nun in den Landtag, der „kein kurzfristiges Intermezzo“ werden soll.*

*Seit 1975 ist der Abgeordnete Mitglied der F.D.P., seit 1980 im Kreisverband Oberhausen aktiv. „Es ist schwer für uns im Ruhrgebiet“, blickt Lanfermann auf die 2,9 Prozent, die die Liberalen bei der Kommunalwahl 1984 in seinem Wahlkreis erreichten. Bei der Bundestagswahl waren es zuletzt schon 4,5 Prozent. Deshalb hofft Lanfermann auf den Einzug der Liberalen in den Oberhausener Rat — und kämpft dabei selbst — um ein Mandat. All dies kostet Zeit. Zeit, die fürs Hobby fehlt. Heinz Lanfermann ist leidenschaftlicher Schachspieler, und dazu sogar ein gar nicht einmal so schlechter. Immerhin brachte es der stämmige Politiker mit dem weißen Haar bis zum Vereinsmeister und nahm in der Vergangenheit auch an Turnieren in Berlin und Zürich teil. Dazu bleibt nun keine Zeit mehr. Und da auch die eigene Frau in der F.D.P. mitmisch, „findet ein Teil des Familienlebens auf Parteitagen statt“.*

*Neben Plakaten des Expressionisten Kandinsky schmücken Portraits des F.D.P.-Landesvorsitzenden Jürgen W. Möllemann das Abgeordnetenbüro E6B46. „Auch Möllemann hat Fehler, aber ich halte viel von ihm. Er hat den Landesverband wieder zusammengeführt“, verteidigt Lanfermann die Kunstwerke auf weißer Wand. Und wie entschuldigend: „Außerdem stammt die Collage mit den Möllemann-Bildern von einer Parteifreundin.“ Lanfermann ist mit seiner Partei im reinen, hat sie ihn doch in kürzester Zeit nach oben*



Heinz Lanfermann (F.D.P.)

*geschwemmt. Der Nachrücker lobt das gute Klima in der 14köpfigen F.D.P.-Fraktion, die ihn hervorragend aufgenommen und ihn sofort mit wichtigen Aufgaben betraut habe. „In einer kleinen Fraktion kommt der Aufstieg schneller“, hat der Jurist am eigenen Leibe erfahren. Allerdings muß in der Mini-Fraktion auch mehr gearbeitet werden, weil wenige viel machen müssen.*

*Zur Erleichterung dieses Paketes kommt Heinz Lanfermann sein zweites Hobby durchaus gelegen. Der Abgeordnete hat sein Büro mit modernsten Computern ausgerüstet, die den „Dialog“ zwischen seiner Arbeitsstätte und der Außenwelt erleichtern. Das sichert Freiräume, die für die politische Arbeit genutzt werden können. Denn der Liberale ist mit Herz und Seele ein homo politicus, den politische Einflußmöglichkeiten reizen — selbst wenn die Oppositionsrolle im Landtag Grenzen setzt. Außerdem hat es den 38jährigen immer schon gereizt, etwas Neues zu machen. Schon deshalb stürzt sich der beurlaubte Richter in die Arbeit des Untersuchungsausschusses.*

*Während die Wahlkämpfe zu den Europa- und Kommunalparlamenten laufen, die Landtags- und Bundestagswahl von langer Hand vorbereitet werden, wühlen sich Heinz Lanfermann und die elf Ausschußmitglieder in diesen Wochen durch einen Wust von Akten. „Alle Fraktionen zeigen guten Willen, daß wir möglichst schnell mit der Arbeit fertig werden“, lobt der Ausschußvorsitzende. Und daß er im Aktendschungel nicht die Übersicht verliert, dafür fühlt sich Heinz Lanfermann gut gerüstet. „Politiker und Richter müssen logisch denken und fachlich urteilen können“, zieht der Abgeordnete Parallelen zwischen seinen bisherigen Berufen. Und ein Urteil steht für den mehrfach geforderten Politiker Lanfermann längst fest. „Der neue Landtag als Haus der langen Wege kostet viel Zeit“, fühlt sich der F.D.P.-Abgeordnete schlecht behandelt vom Landtagspräsidenten, der die Liberalen in die hintersten Winkel des Parlamentsgebäudes abgeschoben hat. Aber auch hier bleibt Lanfermann Optimist. „Wenn bei der Landtagswahl 1990 weniger Sozialdemokraten ins neue Parlament einrücken, werden die Liberalen wohl endlich in die Nähe der eigenen Fraktionsräume ziehen können“.*

Wilfried Goebels

## Zur Person

### Geburtstagsliste

23. 3. **Karl Josef Denzer** (SPD), 64 J.  
 23. 3. **Manfred Heinemann** (CDU), 48 J.  
 23. 3. **Marianne Thomann-Stahl** (F.D.P.),  
 35 J.  
 24. 3. **Ludwig Eichhorn** (SPD), 65 J.  
 26. 3. **Joachim Westermann** (SPD), 41 J.  
 29. 3. **Dr. Hans-Ulrich Klose** (CDU), 54 J.  
 29. 3. **Marie-Luise Morawietz** (SPD), 57 J.  
 30. 3. **Helmut Diegel** (CDU), 33 J.  
 31. 3. **Dr. Manfred Dammeyer** (SPD), 50 J.  
 31. 3. **Ulrich Schmidt** (SPD), 47 J.
1. 4. **Jürgen Büssow** (SPD), 43 J.  
 3. 4. **Dr. Horst-Ludwig Riemer** (F.D.P.),  
 56 J.  
 5. 4. **Karl Knipschild** (CDU), 54 J.  
 6. 4. **Franz Brodowski** (SPD), 67 J.  
 7. 4. **Helmut Kupski** (SPD), 57 J.  
 7. 4. **Helmut Marmulla** (SPD), 56 J.  
 7. 4. **Paul Mohr** (CDU), 53 J.  
 8. 4. **Johannes Pflug** (SPD), 43 J.  
 9. 4. **Wolfram Kuschke** (SPD), 39 J.  
 10. 4. **Gerhard Brock** (CDU), 67 J.  
 10. 4. **Wolfgang Schlotmann** (CDU), 48 J.  
 11. 4. **Manfred Ludwig Mayer** (SPD), 55 J.  
 13. 4. **Hildegard Matthäus** (CDU), 55 J.  
 15. 4. **Karl-Heinz Schnepel** (SPD), 57 J.  
 15. 4. **Andreas Reichel** (F.D.P.), 28 J.  
 16. 4. **Herbert Heidtmann** (SPD), 61 J.  
 18. 4. **Heinrich Meuffels** (CDU), 62 J.  
 18. 4. **Heidi Busch** (CDU), 34 J.  
 19. 4. **Walter Neuhaus** (CDU), 57 J.

★

**Richard von Weizsäcker**, Bundespräsident, hat dem höchsten Staatsamt zu seinem bisher höchsten Ansehen in der Bevölkerung verholfen. Nach einer Umfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach im Auftrag des Bundesrates haben 85 Prozent der Bundesbürger von der „Institution Bundespräsident“ eine gute bis sehr gute Meinung. Ein derart hoher Positiv-Wert wurde in der bis 1951 zurückreichenden Geschichte dieser regelmäßigen Umfragen noch nie erreicht.

★

**Johannes Rau** (SPD), nordrhein-westfälischer Ministerpräsident, **Dr. Marion Gräfin Dönhoff**, Herausgeberin der „Zeit“, Professor **Dr. Richard Löwenthal**, Politologe, sowie der DDR-Schriftsteller **Stefan Heym** sind die prominentesten Teilnehmer einer internationalen Tagung der Landeszentrale für politische Bildung zum 40. Jahrestag der Gründung der Bundesrepublik Deutschland. Die Tagung findet vom 26. bis 29. April statt und steht unter der Überschrift „Der schwierige Weg zur Demokratie: 40 Jahre Bundesrepublik“.

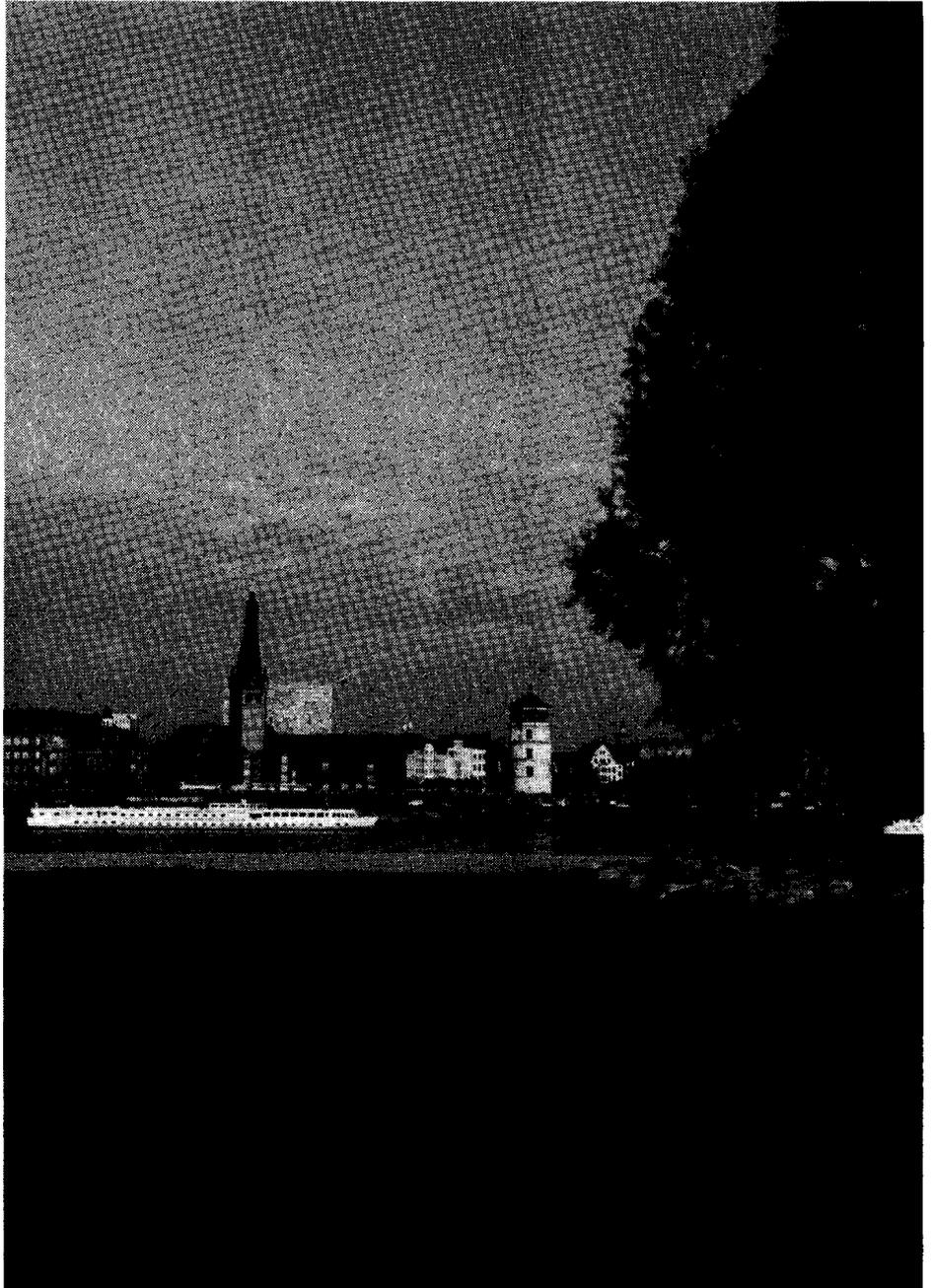
★

**Dr. Herbert Schnoor** (SPD), nordrhein-westfälischer Innenminister, erhält in diesem Jahr den Gustav-Heinemann-Bürgerpreis der SPD. Schnoor wird in der Begründung mit den Worten gewürdigt, er stehe für eine Politik des inneren Friedens, die sich von liberalen Grundsätzen leiten lasse. Außer an den Innenminister aus Düsseldorf wird der Bürgerpreis 1989 auch an den Flüchtlingsrat in Berlin verliehen.

★

**Andreas Reichel**, F.D.P.-Landtagsabgeordneter und Landesvorsitzender der Jungen Liberalen, ist auf dem Landeskongreß der Nachwuchsorganisation seiner Partei (Juli) in Heinsberg mit großer Mehrheit in seinem Amt bestätigt worden.

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)



„Frühling läßt sein blaues Band Wieder flattern durch die Lüfte...“ Wer, dem seine Schulzeit noch lebendig im Sinn ist, erinnert sich nicht dieser Zeilen von Eduard Mörike, jenes Poeten des 19. Jahrhunderts, der in schlichter Unmittelbarkeit, aber höchst artifizierlicher Form beschrieben hat, was auch den Zeitgenossen von 1989 bewegt: Von den vier Jahreszeiten wurde am gestrigen Tage, dem 20. März, der Frühling kalenderwirksam. Am sogenannten Frühlingspunkt erreicht die Sonne den Schnittpunkt ihrer Bahn mit dem Himmelsäquinoktium. Von nun an kann die Natur, die wegen des milden Winters hier und dort schon Farbe bekannt hat, sich offiziell grün einkleiden. Der Bauer darf, sofern er neben seinem Traktor noch welche hat, im Märzen die Rößlein einspannen und der Hirte seine Schafe, mancherorts bereits ein Osterlamm darunter, wie hier auf den Oberkasseler Rheinwiesen gegenüber St. Lambertus und altem Schloß in der Landeshauptstadt Düsseldorf, frei auslaufen lassen.